

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Goldplennig, monatlich 2,40 Goldmark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Ungarn 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wolk und Feit“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 25. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vorkassenkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Reklamazeile 1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 0,50 Goldmark (außer zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenweise des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestört von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Der Reichsanwalt als Verteidiger.

Nährzonen vor dem Staatsgerichtshof.

Die politische Justiz in Deutschland erlebt immer neue Wunder. Eines der größten ist das Auftreten des Reichsanwalts als Verteidiger der Organisation C., nicht so sehr der Jubel, der in der Presse der Putschisten darüber ausbricht. Denn dieser ist wohl verständlich.

Wir haben im Abendblatt bereits den Anfang der Verteidigungsrede des Reichsanwalts veröffentlicht. Die Fortsetzung des Berichts, die uns erst später zugeht, enthält aber noch besondere Perlen, die wir unseren Lesern nicht unterschlagen wollen. Reichsanwalt Riethammer, der Verfasser der „geheimen“ Anklagechrift, hat danach u. a. gesagt:

Für das, was 1922 im „Wiking“ veröffentlicht ist, nachdem durch die Verhaftungen die D. C. gesprengt war, sind die Angeklagten nicht mehr haftbar zu machen. Aber es steht im „Wiking“ der Satz von der Bekämpfung der „antinationalen Weimarer Verfassung“. Das ist ein böses Wort! Ich habe hier ein Amt, nicht eine Meinung zu vertreten, aber ich meine, daß andere politisch klügere Menschen gesagt haben, das System einer uneingeschränkten parlamentarischen Regierung führe infolge der endlosen Regierungskrisen nicht zum Segen des Landes. Ich habe erwartet, daß einer der Angeklagten hier erklären würde: „Wir als alte Offiziere lieben die Republik nicht!“ und ich war froh, als der Angeklagte Abendroth den Mut fand zu der Erklärung: „Die Revolution erschien uns als ein furchtbares Unglück.“ Wir haben hier doch Menschen vor uns, denen mit der Revolution ihre Welt zusammenbrach, denen ihr Beruf zertrümmert wurde und die ins Leben hinausgestoßen worden sind. Das deutsche Heer und die Offiziere sind von der Revolution beschimpft worden und haben keinen Schuh gefunden. Das muß gesagt werden. Das Wort im „Wiking“: „Die Regierung verläßt uns; nun mag von Rechts oder Links kommen was mag,“ habe ich dem Angeklagten viel mehr verargt, als das Wort von der antinationalen Regierung. Aber das ist in Deutschland so gewesen, daß im Augenblick

der Gefahr ein Teil des Volkes gleichgültig beiseite stand. Das sollte kein deutscher Mann tun, daß er Gewehr bei Fuß dabeisteht. Der Angeklagte Ehrentraut hat das wieder gutgemacht, als er sagte: „Wir haben uns zwar geirrt, aber dann doch wieder mitgemacht.“ Das hat keine Zeitung von den Ehrhardt-Offizieren gesagt, wohl aber viel Verleumdendes und Verbehdendes. Das mußte ich sagen, um die innere Einstellung der Angeklagten klarzumachen.

Kommt das nicht einer Verherrlichung der Geheimbündelei gleich? Was gibt dem Reichsanwalt das Recht, als eherne Wahrheit zu verkünden, daß die Revolution die Angeklagten aus ihrem Beruf gestochen habe? Weiß er nicht, daß der verlorene Krieg und der Friedensvertrag die Auflösung des alten Heeres gebracht haben?

Aber alle diese sentimental und unwahren Redensarten werden nur vorgebracht, um die Angeklagten im Glorienschein der Vaterlandsliebe erscheinen zu lassen. Daß der Vertreter des Reichs in dieser Weise für einen Landsnechtsbund eintritt, der erst wieder im Herbst vorigen Jahres in Bayern die Kohrischen Sturmtruppen gegen Thüringen organisierte, der mit Betäubungsmitteln Leipziger Gefängnisbeamte überfallen und kaltstellen wollte, um seinen „Consul“ zu befreien; der mit Hilfe von Dietrichen und Nachschlüsselern die Festung der Justiz eroberte — daß der Anwalt des Reichs für diese Gesellschaft eintritt, ist ein Skandal, der zum Himmel schreit!

Das Urteil soll heute gesprochen werden. Mag es ausfallen, wie immer; die ganze Prozeßführung gegen die Organisation der Erzberger-, Rathenau- und Scheidemann-Mörder ist von solcher Art, daß jeder ehrliche Republikaner ihrwegen tiefe Scham empfinden muß. Sie war nur möglich im Zeichen des Bürgerlocks. Sie wird in Zukunft unmöglich sein, wenn die Wahlen wieder eine arbeitsfähige republikanische Mehrheit im Reichstag schaffen!

Der Kronprinz Reichstagskandidat?

Ein deutschnationaler Führer.

Von verschiedenen Seiten wird die Meldung verbreitet, daß die deutschnationale Parteilitung sich an den früheren Kronprinzen gewandt habe, um ihm ein Reichstagsmandat anzutragen. Der „Tag“ erklärt, daß diese Nachricht vollständig aus der Luft gegriffen sei. Ferner behauptet das Scherblatt, daß die Reise des ehemaligen Kronprinzen nach München aus „rein familiären Gründen“ erfolgt sei. Ist auch der Besuch beim früheren bayerischen Kronprinzen Kuprecht ein Teil dieser „rein familiären Angelegenheiten“? Der frühere Kronprinz hat sich bei seiner Rückkehr ehrenwörtlich verpflichtet, sich jeder aktiven Teilnahme an der Politik zu enthalten. In der Vergangenheit hat allerdings der Wortbruch zu den geheiligten Traditionen des Hohenzollernhauses gehört. Will der frühere Kronprinz auch für die lebende Generation den Nachweis liefern, daß sie sich an diese Tradition zu halten gedenkt? Weder er noch seine Berater sollten sich nicht im unklaren darüber sein, welche Folgen ein solcher Wortbruch haben müßte.

Das Reichsbanner in Potsdam!

Und warum Potsdam?

Der Aufmarsch des Reichsbanners in Potsdam soll der gesamten zivilisierten Welt den Beweis erbringen, daß der Geist von Weimar Besitz ergriffen hat vom deutschen Volk, und daß er auch nicht zerstört werden kann durch diejenigen Kreise, die heute noch den Gedankengängen des neuen Staates und der Verfassung fernstehen und sie ablehnen. Nicht, daß beabsichtigt ist, diejenigen, die den Potsdamer Geist glauben in sich zu verkörpern, zu dem neuen Geist zu befehlen. Es dürfte das ein vergebliches und hoffnungsloses Beginnen sein. Denn der Geist von Potsdam ist der Geist des Absolutismus, ist der Geist, der nicht zuläßt, daß das arbeitende, schaffende Volk Rechte für sich in Anspruch nimmt, die hergeleitet werden aus den Pflichten, welche sie dem Staat gegenüber haben. Es wäre ein vergebliches Beginnen, auch nur den Versuch wagen zu wollen, wenigstens bei der im Potsdamer Ungeist ausgewachsenen Generation den Gedanken der Demokratie und sozialen Verständnis zu predigen. Denn Potsdam ist die Zentrale des absoluten Königtums und des konservativen Geistes, der in dem Volk die „Kanaillen“ sieht und im übrigen so lange königstreu ist, solange der König das tut, was in ihrem Interesse gelegen ist. Sie predigen Hingabe an den Staat. Fordert man von ihnen jetzt die Hingabe an den Staat, die sie uns gepredigt haben, so sagen sie: nicht an den jetzigen Staat, sondern an den, wie wir ihn verstehen. Und das ist der Staat, der ihnen Ruhe bringt, der es ihnen ermöglicht, ein Leben zu führen, „standesgemäß“, wie sie es Generationen hindurch gewohnt waren —

ohne selbst den materiellen Bedürfnissen des Staates Opfer zu bringen. Diese Schichten des deutschen Volkes, die in Potsdam ihren geistigen Wohnsitz erblicken und vom Potsdamer Geist das Heil für die Zukunft erhoffen, sind nicht mehr aufnahmefähig für die großen Gedanken, welche der Weimarer Verfassung zugrunde liegen. Sie sind degeneriert dadurch, daß sie sich selbst beweihräucherten und dadurch verhinderten, daß irgendwelche neuen Gedanken sich durchsetzen konnten. Und deshalb wäre es ein müßiges Beginnen, befehlen zu wollen, wo die Möglichkeit einer geistigen Fortentwicklung nicht mehr gegeben ist. Selbst der vergewaltigte Geist von Sanssouci dürfte nicht genügen, auch wenn er in seiner wirklichen Form zum Ausdruck kommen würde, dem Fortschritt die Wege zu ebnen.

Das Reichsbanner zieht nach Potsdam, um dem ganzen deutschen Volk, und auch der ganzen Welt, zu zeigen, daß der Geist von Weimar nicht haltmacht und haltmachen kann vor Potsdam; daß Potsdam das Signal sein muß für die gesamte deutsche Welt, daß der republikanische Gedanke seinen Siegeszug fortsetzt — auch über die Gräber einer großen Vergangenheit.

Aber noch etwas anderes bedeutet Potsdam. Der Wahlkampf hat eingeleitet. Für die republikanischen Parteien soll Potsdam den Auftakt bilden, mit den Gegnern von rechts und links abzurechnen. Es handelt sich bei diesem Wahlkampf um nichts Geringeres als um die Frage: Republik oder Monarchie. Das heißt zugleich: Abwälzung der Lasten auf die Schultern der Besitzenden oder der Besitzlosen. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß die drei großen republikanischen Parteien, welche gemeinsam in Potsdam bei der Veranstaltung des Reichsbanners durch ihre Redner vertreten sein werden, den Gedanken vertreten: Erhaltung der Republik bedeutet Heranziehung des Besitzes zu den auf uns ruhenden Lasten; Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Diese programmatische Forderung, welche Gemeingut des gesamten arbeitenden Volkes sein müßte, auf Potsdams historischen Boden formuliert, wird das Echo in der ganzen deutschen Republik erwecken und wird alle Republikaner in die Schranken rufen, um bei diesem Wahlkampf alles daran zu setzen, den republikanischen Parteien zum Siege zu verhelfen. Der Aufmarsch in Potsdam soll uns ein günstiges Symbol sein, soll das Siegesbewußtsein und den Siegeswillen der schaffenden Stände auf republikanischem Boden stärken.

Darum: Auf nach Potsdam!

Einbruch in ein französisches Konsulat. In das französische Konsulat in Breslau wurde am Freitag ein nächtlicher Einbruch verübt, wobei eine große schrankartige Kasse mit einigen tausend Mark und Geheimpapieren gestohlen wurde. Die Kasse wurde am Morgen nach dem Einbruch, anscheinend ungeöffnet, in einem nahen Teich gefunden. Die Täter sind bisher nicht ermittelt.

Um jeden Preis Schutzzölle.

Agrarische Interessenpolitik und Wissenschaft.

An sich wäre es kein großes Ereignis, das gestern sich im Landwirtschaftsrat abspielte. Eine große und in ihrer wirtschaftlichen und politischen Einstellung bekannte Gruppe, die im Deutschen Landwirtschaftsrat zusammengeschlossenen Vertreter der Landwirtschaft, haben ein handelspolitisches und ein steuerliches Programm entworfen, dessen Inhalt man ohnehin kannte. Daß die Landwirtschaft Not leidet, wird von diesen Kreisen so oft versichert, daß man es ohnehin kaum mehr glaubte, auch wenn es einmal richtig ist. Daß die Landwirtschaft keine Steuern zahlen will, ist auch bekannt. Nun gibt es keine Erwerbsgruppe, die das so oft, so eindringlich und so unverblümt hinausstreit, wie diese Leute, die auch manchmal vor der offenen Drohung eines Steuerstreiks nicht zurückschrecken. Alle diese Dinge sind, da bis zum Ueberdruß wiederholt, kaum mehr von öffentlichem Interesse. Man registriert sie wie einen kleinen Straßenbahnunfall, der noch einmal gut abgelaufen ist. Was der Tagung des Landwirtschaftsrats diesmal jedoch seinen besonderen Anstrich gab, das war die sachliche Auseinandersetzung der Großagrarien mit den Fragen der Handelspolitik, ihre Form, ihr Inhalt und die außerordentlich interessante und sachlich bedeutsame Beweisführung, mit der der alte konservative Berater der Landwirtschaft, Professor Sering — ein weißer Kabe in dieser Schar — für den Freihandel eintrat. Der Gelehrte ist in den letzten Monaten wiederholt mit der Meinung hervorgetreten, daß Schutzzölle heute für das ganze Volk und damit auch für die Landwirtschaft das größte Übel seien. Das Schicksal, seine Meinung in voller Ausführlichkeit auch den breiten Massen zugänglich gemacht zu sehen, ist ihm bisher erpart geblieben. Damit sich die Drucklegung des Vertrages nicht weiter verzögert, bringen wir ihn vollständig unseren Lesern zur Kenntnis.

Sering hatte den Mut, nach einem Menschenalter Dienst für die Landwirtschaft, umzulernen. Aus dem Schutzzöllner von früher ist heute ein überzeugter Vertreter des Freihandelsgedankens geworden. Warum? Weil er klar erkannte, daß die Agrarkrise eine internationale Erscheinung ist, daß der berühmte „Schutz der nationalen Arbeit“ mit seinen hohen Lebensmittelpreisen heute die schwerste Belastung eines verelendeten Proletariats und damit nicht einmal eine Hilfe für diejenigen ist, die „geschützt“ werden sollen. Wenn Sering glaube, damit irgend jemand von den einigen Duzend Leuten überzeugen zu können, so irrte er sich. Was ein richtiger Großagrarien ist, der kommt mit gottgewollter Beschränktheit zur Welt, der lernt auch nie zu. Wie oft hat man in diesen Kreisen über das Diktat von Versailles gezetert, wie oft die erdrückende Reparationslast mit lautem Protest abgelehnt. Jetzt waren es u. a. Vertreter des Reichslandes, deren Ja-Zettel die Annahme des Londoner Vertrags ermöglicht haben — und man tritt auf, als ob nichts gewesen wäre. Diese Vertreter der Volksgemeinschaft unter Ausschluß des Volkes haben vergessen, daß mit der Reparationsregelung eine gänzlich neue Lage für Deutschlands Wirtschaftskraft entstanden ist. Nicht ein Wort hörte man gestern von dem ungläubigen Elend, das Inflation und Stabilisierungskrise über Millionen von Arbeitern und Rentnern gebracht hat. Es gibt keine anderen Interessen als die der Landwirtschaft — das altbewährte Rezept galt gestern.

Es mußte daher doppelt peinlich sein, als die greise und den Agrariern wohlbekannte Hünengestalt Professor Serings die Rednertribüne des Landwirtschaftsrats bestieg, um gegen die vorgefasste, ererbte und verfallte Meinung von dem Nutzen des Schutzzolls zu reden, eine Meinung, die durch die Zustimmung des Reichslandwirtschaftsministers Kanitz einen Schein höherer Macht erhalten hat. Es ist immer unangenehm, eine Wahrheit zu hören, die sich mit dem eigenen Fassungsvermögen nicht verträgt. Die Aufnahme, die man dem einst gefeierten Gelehrten jetzt gewährte, war anfangs frohlich, später ablehnend, und bald gab es ein Hohngelächter über die „theoretische Spintifizierung“, durch das sich der Alte nicht beirren läßt. Immer überzeugender werden seine Ausführungen. Der Präsident greift nervös zur Glocke. Der Redner wird von ihm wiederholt unterbrochen, er soll doch ja zum Schluß kommen — wer weiß, ob nicht doch jemand im Saale ist, der ihm glaube. Sering hat für diese Leute ausgedient. Aber die Dessenlichkeit und alle die Einsichtigen in Stadt und Land, die es ernst mit dem Schicksal der Landwirtschaft meinen, werden ihm sein mannhaftes Eintreten danken.

Gelehrte, die wider den Strom der Interessentenmeinung zu schwimmen wagen, haben öfters Pech. Als der alte Kathedersozialist, Exzellenz, Mitglied des Kronrats und der Konservativen Partei Professor Adolf Wagner es im Jahre 1909 wagte, vor der reaktionären „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ für die Erbschaftsteuer des Reiches einzutreten, wurde er mit Hohngelächter, Zischen und störenden Demonstrationen unterbrochen — auch er ein Mann, der seine wissenschaftliche Arbeit oftmals in den Dienst der ihm

geistig und gesellschaftlich nahestehenden Interessenten gestellt hatte. So ist die Meinung der „freien“ deutschen Nationalisten: Entweder die Wissenschaft entwürdigt sich zur Hure des Kapitals, oder sie ist nichts wert. Um diese Lehre wird Sering reichlich sein nach der Aufnahme, die man seinen Ausführungen schenkte.

Die Großlandwirtschaft selbst aber steuert mit vollen Segeln den Kurs, der die deutsche Wirtschaft und zuerst die deutsche Arbeit in den Abgrund führt. Nichts ist notwendiger als Export. Hochschulzölle vertragen sich aber mit dem Export nicht. „Also brauchen wir keinen Export“ — sagen die Landbundsleute. Es gibt keine Agrarzölle ohne Industriezölle. Also muß die industrielle Arbeit „geschützt“ werden, damit dann die Agrarzölle „in angemessenem Verhältnis“ zu den Zöllen für industrielle Erzeugnisse festgesetzt werden, die „der Landwirtschaft als Betriebsmittel dienen oder die Preise von Betriebsmitteln beeinflussen“. Kein Gedanke daran, die Erzeugnisse nationaler Arbeit, Maschinen, Kunstdünger und sonstige Waren des landwirtschaftlichen Bedarfs derart zu verbilligen, daß sie auch dem kleinen Landwirt zugänglich werden und ihn zur Verbesserung seiner Produktionsweise anfeuern. Im Gegenteil: Man scheut sich nicht, noch Zölle auf Futtermittel zu fordern, um eine rationelle Viehzucht unmöglich zu machen! Wer leidet darunter? Der Kleinbauer! Ihn können die Hunde heißen, wenn es nur anständiger Getreidezölle gibt. Denn daß die Fleischzölle dem Kleinbauern nicht helfen, weil sie zu einer Beschränkung des Fleischkonsums führen, ist ja bekannt.

Exportindustrie ist Nebensache, ja, nach der Meinung des Herrn v. Wangenheim war Deutschlands Entwicklung zum Industriestaat sogar ein Unglück. Man scheut sich nicht, zynisch den Willen zur Beschränkung des Exports zuzugeben in einer Zeit, wo sich vor den Toren der Arbeitsnachweise die Arbeiter nach Beschäftigung drängen. Will man sie dauernd von dem Recht auf Arbeit ausschließen? Hat man sie dauernd von dem Recht auf Arbeit ausschließen? Hat man sie dauernd von dem Recht auf Arbeit ausschließen? Hat man sie dauernd von dem Recht auf Arbeit ausschließen?

„Weil man den Export als ein — nicht einmal notwendiges! — Uebel betrachtet, sperrt man sich gegen Handelsverträge. In der Entschiedenheit, die gestern vom Landwirtschaftsrat angenommen wurde, steht der klassische Satz:

„Die Landwirtschaft lehnt es grundsätzlich ab, sich als Kompensationsobjekt bei Handelsvertragsverhandlungen mißbrauchen zu lassen.“

„Mißbrauchen! Als ob im Kampf um den Auslandsmarkt der Verzicht auf eigenen Zollschutz ohne Gegenleistung für andere Wirtschaftszweige möglich wäre. Erfolgt aber solche Gegenleistung, so hat die Industrie bessere Beschäftigung, die Arbeiterklasse hat eine bessere Beschäftigung, kann mehr Lebensmittel kaufen. Die Landwirtschaft hätte also letzten Endes Vorteile von einer solchen Entwicklung. Weiß das aber mit dem Schutzprogramm, das nur den Großagrariern Nutzen bringt, nicht zu vereinbaren ist, bekämpft und beschimpft man jeden Versuch, in dieser Richtung zu wirken.“

Man hätte Verständnis für diese bornierte Auffassung, hörte man sie aus dem Munde von Landwirten, die nichts als ihre mühevollen Arbeit auf dem Acker kennen. Aber die Leute, die hier redeten, sind Salonlandwirte, Verbandstiger, Politiker; ihnen steht ein gewaltiger Apparat zur Verfügung, der ihnen wissenschaftliche Kenntnisse und Tatsachen vermittelt. Sie können sich nicht mit Unkenntnis entschuldigen. Rein: ihr Handeln bedeutet System, das alte System feudalistischer Großgrundbesitzerpolitik, das keine Rücksicht auf andere Volksklassen kennt und sein politisches Streben mit großem Präsenzaufgebot zu begründen sucht. Es ist das Streben nach Vernunft, nach diktatorischer Selbstherrschaft auf Kosten der breiten Massen, für die Hunger und Arbeitslosigkeit oder Jehnstundentag gerade gut genug sind.

Der Sozialist Anatole France.

In den verschiedensten Werken Anatole Frances sind seine Gedanken über die soziale Frage zerstreut. In der „Bibliothèque socialiste“ erschien 1904 eine Auswahl verschiedener Schriften und Reden Anatole Frances unter dem Titel: „Opinions Sociales“ („Soziale Meinungen“). Aus dieser Sammlung haben wir einiges überseht, was Frances Ansichten über Staat und Gesellschaft und seine Zuversicht in den Sieg des Proletariats wiedergibt.

„Der Sieg des Proletariats ist sicher. Was ihn verzögern kann, sind viel weniger die ungeordneten Anstrengungen unserer Gegner als unsere eigenen Spaltungen und die Unbestimmtheit unserer Methode. Er ist sicher, weil die Natur der Dinge an sich und die Lebensbedingungen ihn fordern und vorbereiten. Er wird methodisch, überlegt, harmonisch sein. Er ist in der Welt schon vorgezeichnet mit der unbeugbaren Strenge einer geometrischen Konstruktion.“

„Ich werde den neuen Staat nicht mehr sehen. Alle Veränderung, sowohl in der Gesellschaftsordnung wie in der der Natur vollziehen sich langsam, fast unmerklich. So geschehen auch die gesellschaftlichen Umwandlungen unmerklich und unaussprechlich. Der ängstliche Mensch fürchtet, wie eine drohende Sündflut, eine Veränderung, die schon vor seiner Geburt einsetzte, die sich vor seinen Augen vollzieht, ohne daß er sie wahrnimmt und die erst in einem Jahrhundert sichtbar werden wird.“

„Das, was den Staat heute widerwärtig macht, ist, daß er ein Privateigentum nagt, daß er feilt und schabt, wenig nach den Fesseln und stark nach den Dürftigen schnappt. Das macht ihn unerkennlich. Er ist gierig. Er hat Bedürfnisse. In meiner Republik wird er wunschlos sein wie die Götter. Er wird alles haben und nichts. Wir werden ihn nicht spüren, denn er wird eins mit uns sein und wird sich von uns nicht unterscheiden. Er wird sein, als wäre er nicht. Und während du glaubst, daß ich die einzelnen dem Staat, das Leben einem Begriff opfere, so ist es vielmehr der Begriff, den ich der Wirklichkeit unterordne, der Staat, den ich unterwerfe, indem ich ihn mit aller sozialer Tätigkeit gleichsetze.“

„Mein Traum, der durchaus nicht mein Eigentum ist und der in diesem Augenblick von tausend und aber tausend Seelen geträumt wird — ist wahr und prophetisch. Jede Gesellschaft, deren Organe nicht mehr der Funktionen entsprechen, für die sie geschaffen wurden, und deren Glieder nicht mehr auf Grund der von ihnen verrichteten nutzbringenden Arbeit ernährt werden, stirbt. Schwere Erschütterungen, fesselschneidende Unordnung gehen diesem Ende voraus und kündigen es an. Die feudale Gesellschaft war stark befestigt. Als

Hergt ade!

Bewußte oder unbewußte Verhöhnung?

Herr Hergt erhält aus parlamentarischen Kreisen der Deutschnationalen in der „Deutschen Tageszeitung“ einen Abschiedsgruß, von dem er nicht wissen wird, ob er eine gewollte oder eine ungewollte Verhöhnung darstellt:

„Der jetzt vollzogene Rücktritt des Staatsministers Hergt vom Parteivorsitz ist deshalb in keiner Weise Symptom einer Parteikrise, vielmehr ein Ereignis, das sich seit längerer Zeit durch unzweideutige Erklärungen des Parteiführers selbst vorbereitet hat. Seit Jahr und Tag hatte Staatsminister Hergt, dessen Gesundheit schon wiederholt unter der Last der Geschäfte zu schwerem Zusammenbruch gekommen war, angekündigt, daß er baldmöglichst den Posten niederlegen werde und niederlegen müsse. Immer wieder hat er sich durch die dringenden Wünsche aus der Partei heraus bewegen lassen, die Ausführung seiner Absicht hinauszuschieben.“

Herr Hergt hat also an verdrängten Rücktrittswünschen gelitten. Er wollte gehen, aber man wollte ihn nicht gehen lassen, so daß sich die Verstopfung verschlimmert hat.

Herr Hergt hat freilich an verdrängten Rücktrittswünschen gelitten, aber an den der anderen, das war seine diplomatische Krankheit! Seitdem er seine Partei so herrsch in den Dreck geführt hatte, lang man auf allen Klitschen und in allen Rittergütern Ostbeliens nach der Melodie eines alten Kirchengeliedes:

„Bis hierher hat uns Hergt geführt
Mit seiner großen Schläue...“

Ob die diplomatische Krankheit von Hergt die Fortführung eines Reichstagsmandats zuläßt oder ob er unten den Aupizien von Dr. Binkler bei Herrn Marekly wird betteln gehen müssen?

Törichte Kommunistenjagd.

Arbeit für den Bürgerblock.

Kaum hat der Reichstag seine Pforten geschlossen, da beginnt auch schon eine mit auffälliger Reklame betriebene Jagd auf die jetzt ihrer Immunität beraubten kommunistischen Führer. Mit bemerkenswerter Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit beginnt der deutsche Justizapparat zu funktionieren. Während man übersührte Hochverräter — wir nennen nur Ehrhardt und Köhbach — wegen „unauffindbarkeit“ ihren Richtern nicht zuführen kann, hat die Obrigkeit, wenn es sich um Kommunisten handelt, entschieden mehr „Glück“. Schon sind drei Mitglieder der bisherigen kommunistischen Reichstagsfraktion, Höllein, Maslowski und Epstein, verhaftet. In großer Aufmachung berichten rechtsstehende Blätter, allen voran der rote „Tag“, über Haftbefehle, die gegen alle Mitglieder der Reichstagsfraktion erlassen sein sollen. Zwar werden diese Sensationsmeldungen von der Telegraphen-Union dementiert, die zu wissen behauptet, daß nur gegen einige Kommunistenführer Haftbefehle erlassen sei, und daß diese Haftbefehle mit der rühmlichst bekannten Arbeit des Untersuchungsrichters Vogt zusammenhängen.

Wie dem auch sei, die Rechtspresse ist merkwürdig gut unterrichtet, und sie betrachtet diese emsige Tätigkeit der Justizbehörden als eine Angelegenheit, der sie sich ganz besonders widmet. Wir verstehen das Interesse der reaktionären Presse. Mit diesen ebenso lächerlichen wie überflüssigen Verfolgungen werden in der Tat nur die Geschäfte der Rechtsparteien besorgt. Im verflorenen Reichstag konnten die Deutschnationalen mit ihren hundert Mann nur deshalb auftrumpfen, weil sie 62 Kommunisten zur Verstärkung im Rücken hatten. Die Gefahr ist groß, daß diese Hilfsgruppen in der Wahlkampf bedenklich dezimiert werden. Selbst wenn die Deutschnationalen nicht einen einzigen Mann verlieren würden, so bliebe doch jedes verlorengegangene kommunistische Mandat ein bitter empfundener Verlust für die Reaktionen. Sie veräumen deswegen nicht, den Kommu-

nisten mit strategischen Schachzügen auf ihre Art zu Hilfe zu kommen. Dazu gehört der Lantam, mit dem die Kommunisten begleitet, die Meldungen darüber der Öffentlichkeit vorgelegt und die Aktion selber in die Wege geleitet wird. Die Kommunisten erhalten dadurch nur den ach so billigen Ruhm verfolgter Märtyrer. Sie bekennen sich zwar offen zum System des politischen Mordes, aber sie verstehen es auch sehr gut, zur richtigen Zeit davon zu schweigen und mit sentimentalen Reden sich als verfolgte Unschuld anzupreisen.

Die Aktion gegen die Kommunistenführer ist keineswegs eine sinnlose und törichte, sie ist zweifellos eine mit Absicht von reaktionären Kreisen unterstützte Entlastungsaktion für die bedrohte Position der Rostauer Nationalisten. Die Regierung würde gut tun, wenn sie ihre Justizorgane anweisen würde, ihren Verfolgungseifer zu zügeln. Sie hat selber in ihrem Wahlauftritt betont, daß die Zurückdrängung der Extreme von rechts und links eine der wichtigsten Aufgaben des Wahlkampfes ist. Die Verfolgung der Kommunisten wird die Lösung dieser Aufgabe nur erschweren. Die kommunistische Presse legt sich schon jetzt den Vers zurecht, mit dem sie später ihre Niederlage beschönigen kann. Der Protest gegen die Verfolgung kommunistischer Abgeordneter gibt ihr nur die Möglichkeit, von ihrem eigenen, kläglichen Verhalten abzulenken. Wer die Kommunisten nicht stärken will, sollte energisch dafür eintreten, daß diesem Unfug ein Ende gemacht wird. Er widerspricht dem Sinn des Wahlrechts. Das Volk muß die Möglichkeit haben, ohne jede Einschränkung seinen Willen bei den Wahlen kundzutun. Man lasse die kommunistischen Abgeordneten reden und sich verantworten. Wir sind nicht bange darum, wie die Antwort ausfallen wird.

20 bis 30 Mandate.

Die Selbsteinschätzung der Kommunisten.

Die Kommunisten möchten weniger Mandate haben. Ihre Fraktion im Inflationsreichstag war ihnen zu groß. Nach dem Bericht des kommunistischen „Kämpfer“ sagte der Kommunist Dr. Rosenberg auf einer kommunistischen Parteifunktionskonferenz in Chemnitz:

„Unsere Aufgabe, die wir im Reichstag zu erfüllen haben, können wir auch mit 20 bis 30 Mandat erledigen.“

20 bis 30 Mandat ist also die Selbsteinschätzung der Kommunisten für die kommende Wahl. Sie machen sich auf eine große und verdiente Niederlage gefaßt, die ihnen die Arbeiterschaft bereiten wird, und sie wissen, warum!

Folgen der Bürgerblockbestrebungen.

Außerer Mißtrauen gegen Stresemann.

Paris, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Zynismus, mit dem die deutschnationale Partei in ihrem Wahlmanifest die Waise fallen läßt und die ganze Heuchelei der deutschnationalen Politik während der letzten Wochen enthüllt, stellt sich angesichts der sehr aktiven Rolle, die Herr Stresemann bei den Verhandlungen über den Eintritt der Hergt und Genossen in die deutsche Regierung gespielt hat, als äußerst kompromittierend für die amtliche Außenpolitik des Deutschen Reiches dar. Die Ueberrasschung, die man im volksparteilichen Lager über den angeblichen Kurswechsel der Deutschnationalen an den Tag legt, wird nirgends im Auslande ernst genommen und gegen Herrn Stresemann insbesondere ganz offen der Verdacht ausgesprochen, daß er mit seinen Bemühungen um die Erweiterung des Kabinetts nach rechts bewußt nicht nur die republikanische Verfassung habe unterhöhlen, sondern auch die Erfüllung der von ihm selbst unterzeichneten Londoner Abmachungen habe sabotieren wollen. Es sind keineswegs nur die Organe der Linken in Frankreich, die der Auffassung Ausdruck geben, daß Herr Stresemann sich als Außenminister des Deutschen Reiches damit unmöglich gemacht habe, da man wirklich nicht erwarten könne, daß die alliierten Regierungen in eine von Herrn Stresemann geleitete deutsche Außenpolitik das geringste Vertrauen haben könnten. Cha-

aber die Geistlichkeit aufhörte, in ihr das Wissen zu verkörpern und der Adel nicht mehr mit seinem Degen den Adersmann und den Handwerker beschützte, als jene beiden Stände zu aufgebundenen und schuldigen Gliedern wurden, ging der ganze Körper zugrunde; eine unvorhergesehene und notwendige Revolution raffte den Kraken hinweg. Wer kann behaupten, daß in der heutigen Gesellschaft die Organe ihren Aufgaben genügen und daß alle Glieder im Verhältnis zu der von ihnen geleisteten nutzbringenden Arbeit ernährt werden? Wer kann behaupten, daß der Besitz gerecht verteilt ist? Wer kann letzter Endes an eine Dauer dieser Ungerechtigkeit glauben?“

Neue Fortschritte in der Krebsforschung.

Auf der Tagung der Gesellschaft für Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten wurde von den Berliner Professoren Wasseremann und Blumenthal mitgeteilt, daß sie bei der Erforschung von Krebsgeschwülsten des Magens und Darmes Bakterien gefunden hätten, die auf Tiere übertragen, die gleichen Geschwülste wie beim Menschen hervorriefen.

Von den zuerst infizierten Tieren wurden die Geschwulstmassen dann auf andere Tiere übertragen und bildeten dort sogenannte Tochtergeschwülste. Die Tiere mußten aber, um für die Infektion, drum um eine solche handelt es sich, empfänglich zu sein, mit einer chemischen Substanz, nämlich Nikotinsäure, vorbehandelt werden. Die letztere Tatsache reiht die Entdeckung in die früheren Feststellungen über die Entstehung mancher Krebse ein.

Es ist schon lange in der Medizin bekannt, daß in gewissen Berufen auffallend viel Arbeiter an bestimmten Krebsarten erkranken. So ist der Schornsteinfegerkrebs bekannt, der sich an der Haut des Hodens entwickelt und durch die Reizstoffe, die der Rauch enthält, hervorgerufen wird. Arbeiter in Anilinfabriken erkranken häufig an Blasenkrebs durch die Einwirkung der Anilinfarbstoffe. In früheren Zeiten, als die Mund- und Zahnpflege noch sehr im argen lag, fand man viele Jungentumoren, die durch Scheuern der Zunge an abgebrochenen Zähnen hervorgerufen waren. Auch bei Pfeiferauchern wurde häufig ein Lippentumore beobachtet, der sich an der Stelle entwickelte, auf der meistens die lange Pfeife getragen wurde.

Während wir bei den Schornsteinfegern und Anilinarbeitern eine chemische Ursache, nämlich den Rauch und die Anilinstoffe, anschuldigen, ist der Zungen- und Lippentumore in den oben erwähnten Fällen auf einen mechanischen Reiz zurückzuführen.

Dadurch, daß die genannten Forscher Bazillen aus Krebsgeschwülsten geädert und auf Tiere übertragen haben, die mit Nikotinsäure vorbehandelt wurden, ist eine Feststellung von großer Tragweite gemacht. Der letzte und entscheidende Schritt aber, daß diese Bazillen die Krebserreger sind, wie z. B. die Gonokokken die Gonorrhoe hervorrufen, ist noch nicht gelungen. Es wurde das der Fall, wenn nachgewiesen würde, daß sich Menschen mit diesen Bazillenkulturen infizieren könnten, bzw. wenn aus diesen Bazillen ein Serum, wie z. B. das Diphtherieserum, gewonnen werden könnte, das bei Einverleibung in den menschlichen Körper einen künstlich nachgewiesenen Krebs zur Ausheilung bringen würde. Dr. R.

Kosmische Strahlen. Die Strahlen, die aus dem Weltall zu uns kommen, sind in neuester Zeit vielfach Gegenstand der Erforschung gewesen. Während man bis vor kurzem nur die Lichtwärme und die chemisch wirksame Strahlung der Himmelskörper konnte, sind jetzt bedeutsame Entdeckungen über neue kosmische Strahlenarten gemacht worden, die W. Villier in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ aufzählt. Durch die Aufsehen erregende Nordlichttheorie Professor Vogards ist nachgewiesen, daß fester Stickstoff, wenn er mit Elektronen bombardiert wird, zu leuchten anfängt und grüne Linien aussendet, wie wir sie im Nordlicht und auch in den Nebelflecken des Himmels finden. Dann stellte W. Kohlhörster in Göttingen fest, daß die Erde aus dem Weltraum eine durchdringende Strahlung nach Art der Röntgenstrahlen empfängt, die sich von dem Auf- und Untergang der Sonne und der Jahreszeit unabhängig zeigte, aber ihr auffälliges Maximum gerade dann erreichte, wenn das himmelnde Band der Milchstraße in die Göttingerpalte hineinschien und auf die Apparate einwirkte. Man nimmt danach an, daß diese unerhörte harte Strahlung von den nebligen Massen ausgeht, die die Milchstraße bilden. Da diese Strahlung beim Durchgang der Erde durch den Schweif des halbeschen Kometen besonders stark war, so nimmt man an, daß sich in den Kometenschweif ähnliche Stoffe befinden wie in der Milchstraße. Ein dritter Entdecker, Dr. Bongards, hat durch Flugzeugaufstiege in große Höhen, die zugleich in Hindenberg und auf den Philippinen ausgeführt wurden, herausbekommen, daß die Erde einer kosmischen Massenirradiation ausgesetzt ist, die von der Sonne ausgeht und mit dem Auftreten von Fäden und Flecken in der Sonne, vor allem aber mit den Sonnenproliferationen, den Sturmsausbrüchen, in Zusammenhang steht. Dr. Bongards sieht in dieser Strahlung der Sonne auch die eigentliche Ursache der von Becquerel beobachteten Neutronierung des atmosphärischen Stickstoffs und ebenso die Erklärung für die seitlichen Erscheinungen, die die Reichweite der Radiowellen beeinflussen. Durch diese Strahlungen soll letzten Endes ebenso die Wetterlage der ganzen Erde und damit der für uns Menschen so überaus wichtige Ernteausschlag bestimmt werden. Er verspricht sich von seinen Forschungen umwälzende Fortschritte in der Wettervorhersage.

Ein Jubiläum des medizinischen Frauenstudiums. Die Londoner „Medizinschule für Frauen“, die erste Ausbildungsanstalt für weibliche Ärzte, die geschaffen wurde, blüht jetzt auf ein 50jähriges Bestehen zurück. Ihre Gründung ist ein Meilenstein in der Geschichte des Frauenstudiums gewesen. Während es vor einem halben Jahrhundert nur zwei Frauen in dem offiziellen Register der britischen Ärzte gab, sind es heute mehr als 2000. Die erste Ärztin der Welt war Elizabeth Blackwell, eine geborene Engländerin, die an der amerikanischen Universität von Genoa ihren Doktorgrad erwarb, und, als sie nach England zurückkehrte, 1858 in das erste Register der britischen Ärzte, das damals aufgestellt war, eingetragen wurde. Die erste Frau, die einen medizinischen Rang in England erwarb, war Elizabeth Garrett Anderson, die in die Genossenschaft der Apotheker Aufnahme fand. Später aber wurden alle Frauen von den Ärzten und Apothekerverbänden ausgeschlossen. Da nahm Dr. Joz Blackwell die Sache der Frauen an und gründete die „Medizinschule für Frauen“, die erste Anstalt, die dem weiblichen Geschlecht eine ärztliche Ausbildung gab, so daß sie nach einer Prüfung als Ärzte

rakteristisch dafür sind am Freitag die Erklärungen der „Information“, die die Ueberhöhung der Volkspartei über die von den Deutschnationalen enthaltenen Nachschüssen als höchst merkwürdig bezeichnet und starke Zweifel an der Echtheit des von der volksparteilichen Presse an den Tag gelegten Erstaunens über die monarchistischen Ziele der Deutschnationalen und ihrer offenen Kriegserklärung gegen die Londoner Abmachungen äußert. In der Tat fährt das Blatt fort, dürfte es für Herrn Stresemann nicht ganz leicht sein, seine befremdliche Haltung während der letzten Krise nachträglich zu rechtfertigen. Er erscheint sowohl vor dem deutschen Volk wie vor den Alliierten in einer sehr zweideutigen Lage. Es steht jedenfalls außer Zweifel, daß er keinerlei Bedenken getragen hat, heute in das Kabinett aufzunehmen, die entschlossenen waren, den entscheidenden Streich gegen die Republik zu führen und den Dames-Plan von Grund auf zu sabotieren. Wenn die deutschen Wähler auch aus der widerwärtigen Komödie, die ihnen Deutschnationalen und Volksparteier in den letzten Wochen gespielt haben, eine Lehre ziehen, so werden sie sicher nicht zögern, den Parteien, die Deutschland aufs neue in eine Politik schismatischer Abenteuer hineinziehen wollen, endgültig den Rücken zu kehren.

Stresemann'sches Interviewgespräch.

Paris, 24. Oktober. (Eca.) Der Berliner Berichterstatter des „Reit Parisien“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsaußenminister Stresemann. Der Korrespondent berichtet wie folgt über den materiellen Inhalt des Interviews: Die Entspannung, die in Deutschland nach der Londoner Konferenz eingetreten sei, sei bedeutend. Die französisch-deutschen Beziehungen hätten sich gebessert, sie würden sich mit der fortschreitenden Klärung des Ruhrgebietes weiter bessern. Leider verstehe man in Frankreich die deutsche Mentalität nicht genügend und betrachte Deutschland zu sehr durch die französische Brille. Die Rede Herriots, in der dieser gesagt habe, daß Deutschland um Vertrauen zu gewinnen, das erfüllen müßte, was es versprochen habe, habe ihn — Stresemann — peinlich berührt. Die Deutschen seien wie andere Völker stolz auf ihre Vergangenheit. Es sei begreiflich, daß sie nicht vergessen könnten, was sie vor 10 Jahren waren, ebenso wenig die Epoche ihrer großen historischen Entwicklung, die Deutschland zu einem starken Staat gemacht habe. Während sechs Jahrhunderten, so erklärte Stresemann, habe die Dynastie der Hohenzollern Deutschland zusammengeschweißt. Da, wo es nur Sandwüste gab, hätten die Hohenzollern einen mächtigen Staat von Weltbedeutung geschaffen. Derartige Erinnerungen setzen sich nicht durch einen Federstreich auslöschen. In dieser Befinnung verharren nach wie vor viele Deutsche, die mehr ihren Erinnerungen als den lebenden Personen treu geblieben seien. Zurzeit denke niemand außer einigen exaltierten Persönlichkeiten daran, die Monarchie wiederherzustellen, und es gebe viele Gründe, die eine Wiederherstellung des ehemaligen Regimes ausschließen. Es erscheine Dr. Stresemann außerordentlich merkwürdig, daß man sich in Frankreich vor allem dafür interessiere, was die Demokraten und die Sozialdemokraten dächten, deren Führer nur geringen Einfluß auf die Massen hätten und deren Gefolgsleute nur die arbeitsparteiliche Ideologie verkörpert im Gegensatz zu denen, die die wirklichen Führer der Nation seien, den Industriellen, den Intellektuellen usw., deren Mehrheit unzweifelhaft im Lager der Volkspartei und der Deutschnationalen zu finden sei.

Der Aerger Stresemanns über Herriot ist begreiflich. Hatte doch der französische Ministerpräsident vor kurzem in einem Interview für den „Borwärts“ die Erwartung ausgesprochen, daß das deutsche Volk mit denen endgültig breche, die die Verletzung der belgischen Neutralität bejubelt haben und die Nordfrankreich annektieren wollten. Herr Stresemann hat sich offenbar damals persönlich getroffen gefühlt, denn er entsann sich plötzlich seiner annexionsistischen Vergangenheit als nationalliberaler Parteiführer. . . .

Ob wirklich „die“ Hohenzollern Deutschland zusammengeschweißt haben, ist ein historisches Problem, über das man verschiedener Ansicht sein könnte. Mit der Mentalität des

zugelassen werden konnten. Wenn auch die Frauen keine epochemachenden Entdeckungen in der Arzneiwissenschaft vollbracht haben, so haben sie doch wertvolle Arbeiten, besonders auf dem Gebiet der Frauen- und Kinderheilkunde, geleistet und wichtige Forschungen auf dem Gebiet der Bakteriologie und der Röntgenbehandlung ausgeführt. Eine lehrreiche Tätigkeit haben englische Ärztinnen in Indien entfaltet, wo sie die Damen des Harems behandelten, die sich von keinem männlichen Arzt untersuchen lassen dürfen.

Die Rettung eines Polarforschers. Die Auffindung des seit vier Jahren verschollenen dänischen Polarforschers Peter Freuchen durch den dänischen Kapitän Pedersen wird in englischen Blättern gemeldet. Pedersen ist mit dem dänischen Schoner „Solongen“ nach einer abenteuerlichen Fahrt durch das eisige Arktisgebiet in Aberdeen gelandet. Er fand auf seiner Rettungs-Expedition Freuchen, der 1920 Kopenhagen verlassen hatte, auf Ponds Islet im nördlichen Teil des Baffinslandes, im äußersten Norden von Kanada. Das einzige Schiff, das Ponds Islet einmal jährlich berührt, ist ein kanadisches Postschiff, aber Freuchen war zu krank gewesen, um sich bei der Landung des Schiffes bemerkbar zu machen. Er litt schwer unter Frostschäden, die Beine waren ihm abgestorben und er fristete mühsam sein Leben, indem er Fische fing und Robben oder Kentauren erlegte. Die Eskimos hatten bereits früher versucht, Freuchen zu retten, indem sie mit Hundeschritten ausfuhren, um Hilfe zu holen. Sie waren aber infolge schlechten Wetters nicht weit gekommen. Kapitän Pedersen fand nur diese Eskimos, von denen vier, zwei Männer und zwei Frauen, verloren wurden, und sie brachten ihn nach Ponds Islet, wo er Freuchen aus seiner verzweifelten Lage erlöste.

Unterirdische Geheimnisse des Kreml. Als man die Grundmauern für das Mausoleum Lenins vor dem Moskauer Kreml baute, und bei dieser Gelegenheit die Sarcophagum freilegte, machte man die Beobachtung, daß dieser Turm ein außerordentlich tiefes Fundament hatte. Er scheint als Eintritt in die unermesslichen unterirdischen Gewölbe zu haben, von denen in der Geschichte an mehreren Stellen berichtet wird. Nöstliche Architekturen des 13. Jahrhunderts haben nämlich unter dem Jarempalast ein wahres Labyrinth von Gängen, Kellern und Gewölben gebaut. Im 17. Jahrhundert veranfaßte man Nachforschungen, um dem verlorengegangenen Geheimnis dieser unterirdischen Gewölbe auf den Grund zu kommen. Unter Peter dem Großen fand man bei ersten Nachforschungen einen Keller, der hoch mit Gold- und Silberstücken gefüllt war. Man muß abwarten, was sich nach der neuerdings gemachten Entdeckung ergeben wird.

Die Mobilisierung der Frauen. Ein italienischer Gelegenheitsarbeiter hat die Organisation des Landes im Kriegsfall, der die Bildung des Wehrdienstes gekannt hat, und der nunmehr auch der Kammer zur Beschlussfassung gelangt ist, steht die Mobilisierung der Frauen vor. Die Mühsal zu einem obligatorischen Wehrdienst für die verschiedenen Bedürfnisse der nationalen Verteidigung herangezogen werden sollen.

Wachsende Bevölkerungsabnahme in Frankreich. Die letzten vom französischen Arbeitsministerium veröffentlichten Zahlen der Bevölkerungsabnahme weisen einen starken Rückgang auf. Der Geburtenüberschuss, der im zweiten Semester 1923 37 575 betragen hat, ist in der gleichen Zeit des Jahres 1924 auf 27 694 gesunken. Die Zahl der Heiraten ist von 106 445 auf 86 583 gesunken.

typischen nationalliberalen „Untertanen“, der er stets war und geblieben ist, übernimmt Stresemann kritisch die Version der königlich preussischen Geschichtsschreiber. Daß die Hohenzollern 1848 aus dynastisch-egoistischen Gründen die damals mögliche Zusammenschweißung aller Deutschen verhindert haben, verschweigt oder ignoriert er. Von den sonstigen antinationalen Episoden der Hohenzollern-Geschichte ganz abgesehen. Wir empfehlen ihm zur Ergänzung seiner Wissenschaft die sehr anregende Lektüre der Hohenzollern-Legende von Max Maurenbrecher.

Herr Stresemann, der die Deutsche Volkspartei nur gegründet hat, weil seine Unbiederungsversuche an die demokratische Partei im November 1918 wegen seiner allzu konpromittierenden Vergangenheit zurückgewiesen wurden, meint, die Führer der Demokraten besäßen gar keinen Einfluß. Aber ohne die Unterstützung der demokratischen Presse wäre Herr Stresemann niemals Reichkanzler geworden, sondern lediglich der Schön- und Biedredner der Deutschen Volkspartei im Reichstag geblieben. Wenn er sich aber zu der Behauptung versteigt, auch die Führer der Sozialdemokratie hätten „nur geringen Einfluß auf die Massen“, so ist das nur ein neuer Beweis dafür, daß Geschwätzigkeit unvermeidlich zur Ueberheit führt.

Herr Stresemann, dessen politische Tätigkeit aus lauter rhetorischen Purzelbäumen besteht, sollte sich zunächst einmal über das Maß von Einfluß vergewissern, das er in der eigenen Partei besitzt. In Wirklichkeit läßt sich dieser „beste Kopf“ von Parteifreunden, die er selbst für geistig minderwertig hält, führen — und das erklärt manches.

Wegen seiner — übrigens lächerlichen — Behauptung, daß die besten Führer der deutschen Nation in der Volkspartei oder gar bei den Deutschnationalen zu finden seien, klagen wir ihm der antideutschen Propaganda an. Und wer sind diese Führer? Etwa Herr Hergt, der Abgetastete? Oder Herr Windler? Oder meinte er, bescheiden wie er ist, sich selbst? Das letztere möchte man annehmen, erstens, weil er eitel ist, und zweitens, wegen des Hinweises auf die „Industriellen“: Herr Stresemann rechnet sich nämlich zu diesen, da er deren Sponsoring in Sachen war — und es nach den Wahlen vom 7. Dezember wieder werden dürfte. . . .

Dortmunder Stadtverordnetenwahlen. Aus praktischen Erwägungen wurde mit Zustimmung der Regierung die Stadtverordnetenwahl vom 7. Dezember auf den 30. November vorverlegt.

Isolierung der Deutschnationalen.

Je lauter es im Gedränge der Deutschnationalen Partei kracht, um so lauter preist die deutschnationalen Presse ihre Einigkeit. Es hat keinen 29. August gegeben, keine Führerkrisis, keine Rebellion der Unentwegten, keine Drohung der „Deutschen Zeitung“ mit Parteispaltung, und Hergt hat nur eine diplomatische Krankheit gehabt. Alles ist einig so versichert die „Deutsche Tageszeitung“ von gestern abend:

„Inzere Kämpfe von der Heftigkeit und dem Umfange wie bei den meisten Mittelparteien oder gar im Lager des Marxismus hat es bei ihr nie gegeben, aber auch nicht so tiefgehende Meinungsverschiedenheiten, wie sie sich seit 1920 in der Deutschen Volkspartei bemerkbar gemacht haben.“

Aber die innere Zerrissenheit im Lager der Partei Halb und Halb läßt sich mit parteioffiziösen Kundgebungen nicht verbergen. Der Streit der Richtungen drängt an allen Ecken und Enden ans Licht. Ein Blick in die „Deutsche Zeitung“ zeigt die Verwirrung. Zwar möchte sie jetzt nicht das Skarnittel gewesen sein. Sie schreibt gegenüber dem „Tag“, der immer noch die Einheitsfront der Bürgerblöcker zusammenbringen möchte und deshalb in den Wunden der Deutschnationalen wühlt:

„Wichtiger aber als die Personenfrage selbst ist uns ihre durch den „Tag“ verurteilte Aufstellung im gegenwärtigen Augenblick. Damit tut der „Tag“ genau dasjenige, was alle vaterländischen Mitglieder der D.N.P. vermeiden wissen wollen: Während des Wahlkampfes saßt er den inneren Streit um die Parteirichtung an und stört die friedliche Zusammenarbeit.“

Unmittelbar vorher aber greift sie die Empfehlung des Herrn von Tirpitz durch den „Tag“ als deutschnationalen Führer auf und offenbart den großen Richtungsstreit bei den Deutschnationalen:

„Wenn die Neuwahlen zum Parteiführer machen werden, wissen wir natürlich nicht, daß der Großadmiral von Tirpitz es sein würde, war immer im hohen Grade unwahrscheinlich. Die Empfehlung des „Tag“ dürfte aber jetzt keine Wahl nahezu unmöglich gemacht haben. Herren, die auch nur im Verdachte stehen, eine solche Politik zu betreiben, wie sie der „Tag“ dem Großadmiral von Tirpitz zuschreiben will, kommen überhaupt nicht in Frage für den künftigen Parteivorstand.“

Die Führerfrage bleibt die Wunde am deutschnationalen Parteikörper. Binnen kurzem wird der Streit um die Kandidaturen beginnen, bei dem die Reinsager sich bemühen werden, die Jäger abzujagen. Siegen sie, so bleibt den Jägern nichts als zu verschwinden oder in die Arme der bedeutungslosen nationalliberalen Gruppe des Herrn Marekly zu flüchten, siegen sie nicht, so drohen sie mit Parteispaltung. So sieht die Einigkeit aus.

Die Jäger vom 29. August wollten die Uneinigkeit in Kauf nehmen, um die Deutschnationalen Partei aus der Isolierung herauszuführen und ihr den Weg in die Bürgerblockregierung zu eröffnen. Die Uneinigkeit haben die Deutschnationalen. Wie steht es mit der Isolierung?

Die letzte Parlaments Sitzung vor den Wahlen — zwar nicht im Reichstag, aber im preussischen Landtag — hat die Deutschnationalen in glänzender Isolierung gezeigt, Seite an Seite mit den einzigen Bundesgenossen, den Kommunisten. Der erste deutschnationalen Wahlauftritt zeigt sie in der Frage der Außenpolitik in nicht minder glänzender Isolierung. Der Fall Hergt besorgt ein übriges, er ist eine Absage an das außenpolitische Programm der Regierung Marx. Die Isolierung wird vollendet durch eine parteioffizielle Erklärung der Korrespondenz der Deutschnationalen Partei. Die Erklärung bestreitet, daß die Deutschnationalen in irgendeinem Stadium der Verhandlungen über den Bürgerblock sich für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik erklärt hätten:

„Die deutschnationalen Vertreter haben von Anfang an abgelehnt, anzuerkennen, daß die „bisherige Politik“ unverändert fortgesetzt werden“ müsse. Sie erklärten in einem solchen Anerkenntnis eine Preisgabe früherer Kritik und Opposition, zu der sie nicht bereit waren, und hielten es nicht für die Aufgabe, sich über die Vergangenheitspolitik

Französische Märchen über deutsche Verstöße.

Ein deutsches Dementi.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ beklagt sich über eine längere Meldung erneut mit angeblichen Verstößen, die in Deutschland gegen die militärischen Klauseln des Versailler Vertrags begangen sein sollen. Die von ihm hierbei gestellten sieben Fragen, die offensichtlich ein Glas in der seit einiger Zeit von gewissen ausländischen Zeitungen betriebenen systematischen Feindschaft gegen Deutschland darstellen, sollen im folgenden klar und deutlich beantwortet werden.

Die Behauptung, daß bei den diesjährigen Manövern der Reichswehr jede Kompanie über 14 Offiziere und 16 Offiziersaspiranten in Spezialuniform verfügt habe, ist ebenso erlogen wie die weitere Behauptung, daß während der Manöver elektrische Spezialapparate für die Zerstörung von Tanks verwendet worden seien. Jedermann weiß, daß solche Apparate in das Reich der Fabel gehören. Auf das bereits hinreichend gekennzeichnete Märchen von gemeinsamen Manövern der deutschen Flotte mit einem russischen Geschwader der nördlichen Ostsee noch einmal einzugehen, erübrigt sich.

Die Geschütze, die früher zur Herstellung der größten Geschütze dienen, sind bereits vor Jahren entsprechend der Anordnung der D.N.P. von der Firma Krupp zerstört worden. Die D.N.P. hat denn auch keinerlei Anlaß zu Beanspruchungen in diesem Punkte gehabt. Der phantastische Berichterstatter scheint kein Empfinden dafür zu haben, ein wie schlechtes Zeugnis er mit seiner absurden Behauptung, daß die Krupp-Werke seit einiger Zeit entgegen den Abrüstungsbestimmungen Kanonen von 30,5 und 34 Zentimeter herstellten, der D.N.P. ausstellt. Damit beantwortet sich die Frage, ob die Firma Krupp eine ausdrückliche Ermächtigung von der Reichsregierung zur Herstellung solcher Kanonen eingeholt und ob die Reichsregierung diese erteilt habe, von selbst.

Die Frage wegen des Bestehens von Remontenunterständen und deren Verwendung als Spezialunterstände für schwere und extralohre Artillerie ist völlig unverständlich. Jergendwelche Remonten der jetzigen Schießplatzrichtungen durch die D.N.P. liegen nicht vor.

Unrichtig ist schließlich auch, daß deutsche Verbindungs-offiziere unter Berufung auf einen Befehl der Reichsregierung sich der Inspektion der Schichau-Werke bei Ebing widersetzt hätten.

Anmerkung der Redaktion: Wenn die Behauptungen des Berichterstatters tatsächlich samt und sonders unwahr sind, dann müßte es auch Mittel geben, um ihm das Handwerk der internationalen Brunnenvergiftung zu legen.

Französische Fliegeroffiziere als Instruktoren sind nun auch in der Türkei tätig.

auseinanderzusehen, sondern lediglich, sich über die wichtigsten und wichtigsten Aufgaben der Gegenwart und nächsten Zukunft zu einigen. Zu diesem Zwecke besage übrigens gerade auf dem Gebiete der Außenpolitik — so führten sie aus — der Ausdruck, man wolle die bisherige Politik fortsetzen, praktisch sehr wenig.

In Uebereinstimmung mit diesem von Anfang an festgehaltenen Standpunkt der Deutschnationalen enthalten denn auch die Richtlinien vom 7. Oktober keineswegs ein Bekenntnis zu der bisherigen Politik. Auf die äußere Politik bezieht sich allein Punkt 2, der wie folgt lautet:

„Die Richtung der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlassenen Reichstagsgesetze sind loyal auszuführen, ebenso wie wir lokale Durchführung des Abkommens von unserer Vertragsgegner erwarten. Die Regierung wird es sich an gelegen sein lassen, die Ausführung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältigste zu überwachen und die sich als notwendig erweisende Abänderungen zu erreichen.“

Die ersten beiden Sätze enthalten lediglich die selbstverständliche Feststellung, daß aus der Tatsache der Annahme des Londoner Abkommens die nötigen Konsequenzen gezogen werden müssen. Der dritte Satz formuliert Aufgaben, die durchaus der deutschnationalen Auffassung entsprechen.“

Diese Erklärung ist die Antwort auf den Wahlauftritt der Regierung, der die Fortsetzung der Außenpolitik der Regierung als Wahlpolitik aufstellte. Deutschnationalen Auffassung ist es nicht, den Dames-Plan zu erfüllen, sondern zu sabotieren. In der Frage der Außenpolitik stehen die Deutschnationalen mit Kommunisten und Völkischen isoliert.

Die Schande vom 29. August rächt sich. Sie haben die Uneinigkeit. Aber sie haben auch die Isolierung! Diese Erklärung läßt aber auch ein weiteres erkennen. Sie geht weiter:

„In der Besprechung vom 10. Oktober mit dem Herrn Reichskanzler machten die deutschnationalen Vertreter geltend, daß jetzt nicht mehr die Aufstellung der Richtlinien, sondern eine Einigung über den Inhalt der Regierungserklärung erforderlich sei, wobei sie den Wunsch aussprachen, daß dabei die Forderungen zu 1 und 2 ihres Beschlusses vom 8. Oktober berücksichtigt werden sollten. Sie erklärten ferner, die übrigen Punkte der Richtlinien seien zwar in ihrer Fassung für sie keineswegs befriedigend, man werde aber darüber hinwegkommen können und keinen Anstoß daran nehmen. Am Schlusse der Besprechung vom 10. Oktober, an welcher der Reichskanzler und der Außenminister teilnahmen, wurde dann im Kompromißwege folgendes Ergebnis festgestellt, das durch die amtliche Wolff-Korrespondenz der Öffentlichkeit übergeben wurde:

„Die deutschnationalen Vertreter teilten ihre Auffassung zu den einzelnen Punkten der ihnen am Dienstag vorgelegten Richtlinien mit und erkannten sie als geeignete Grundlage für die weiteren Verhandlungen über die Regierungsbildung an.“

Von Seiten der Herren Minister wurde dabei anerkannt, daß dieses Verhandlungsergebnis ausreiche, um mit Aussicht auf Erfolg über die Regierungserklärung nach rechts verhandeln zu können.“

Die Deutsche Volkspartei hat ihre Zurechtweisung für die Deutschnationalen mit der Behauptung begründet, daß die Deutschnationalen die außenpolitischen Richtlinien der Regierung angenommen hätten, daß sie sich zu der Fortführung der bisherigen Außenpolitik bekant hätten. Die offizielle Erklärung der Deutschnationalen zeigt die Volkspartei der Lüge. Die Deutsche Volkspartei wird sich äußern müssen über die Fragen, die sich damit erheben.

Hat sie die Vorbehalte und die wahren Absichten der Deutschnationalen gekannt?

Wenn ja, warum hat sie dennoch die Krise weitergetrieben?

Hat sie etwa selbst nicht die Fortführung der bisherigen Außenpolitik gewollt, sondern die Fortführung einer anderen, etwa im Sinne der Stresemann'schen Seitensprünge, die vom Reichskanzler korrigiert wurden?

Wollte sie nur Bundesgenossen zur Sabotierung der bisherigen Außenpolitik in die Regierung hereinholen?

Warum hat sie die Öffentlichkeit über den Inhalt der Verhandlungen mit den Deutschnationalen getäuscht?

Donnerstag, 30. Oktober, und Freitag, 31. Oktober: Öffentliche Wählerversammlungen in Berlin

Tagesordnung: Nieder mit dem Bürgerblock! Es lebe die Sozialdemokratie!

Gewerkschaftsbewegung

Die Hochbahner lehnen den Tarifvertrag ab.

Eine Vollversammlung des technischen Personals der Hochbahn lehnte gestern abend nach eingehender Aussprache den Manteltarifvertrag, den wir in seinen wesentlichen Punkten in unserer Mittwoch-Abendausgabe bereits mitteilten, ab. Die Direktion der Hoch- und Untergrundbahn wird die Schuld zu tragen haben, wenn als Folge dieses Ablehnungsbeschlusses durch einen Streik des technischen Personals der Betrieb bei der Hochbahn stillgelegt wird.

Transportarbeiterlöhne in der Metallindustrie.

In der Verhandlung mit dem Verband Berliner Metallindustrieller über die Löhne der Transportarbeiter am Donnerstag ist von den Unternehmern folgender Vorschlag gemacht worden:

1. Die Mindestlohnhöhe betragen für männliche Hilfsarbeiter über 21 Jahre: frühere Lohnklasse 5 45 Pf., von 18—21 Jahren 37 Pf., in Klasse 4 48 Pf., übere Klasse 4 40 Pf., Hilfsarbeiterinnen über 18 Jahre 32 Pf., Jugendliche (männlich) von 14 bis 15 Jahren 17 Pf., weiblich 17 Pf., von 15 bis 16 Jahren männlich 21, weiblich 20 Pf., von 16 bis 17 Jahren männlich 25, weiblich 23 Pf., von 17 bis 18 Jahren männlich 30, weiblich 27 Pf.

2. Die Ehefrauen- und Kinderzulagen kommen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sämtlicher Lohnklassen in Fortfall.

3. Zum Ausgleich für den Fortfall der Ehefrauen- und Kinderzulagen gilt folgendes:

A. Für männliche Arbeiter über 21 Jahre: Die künftigen Stundenlöhne müssen gegenüber dem bisherigen Lohn ohne Familienzulage um 5 Pf. höher sein. Lohnarbeiter, die bisher Familienzulage für Frau und zwei oder mehr Kinder bezogen haben, dürfen für die Dauer ihres jetzigen Arbeitsverhältnisses nicht weniger als 48 Pf. Stundenlohn in der früheren Klasse 5 und 51 Pf. Stundenlohn in der früheren Klasse 4 erhalten. Die Akkorde werden um 4 Proz. erhöht.

B. Für Arbeiterinnen über 18 Jahre: Lohnarbeiterinnen, die bisher Familienzulage für zwei oder mehr Kinder bezogen haben, dürfen für die Dauer ihres jetzigen Arbeitsverhältnisses in der früheren Klasse 5 II-Klasse V nicht weniger als 33 Pf. und in den früheren Klassen III und II-Klasse IV nicht weniger als 35 Pf. erhalten. Den Firmen wird zu A und B empfohlen, besondere Härten, die durch den Fortfall der Kinderzulagen entstehen könnten, nach Möglichkeit auszugleichen. Die Akkorde werden um 2 Proz. erhöht.

C. Für diejenigen Betriebe, bei denen jetzt die Löhne unter Zugrundelegung des sogenannten A.C.B.-Schiedspruches geregelt sind, beträgt:

a) Für männliche Arbeiter über 21 Jahre: Der Satz für die Erhöhung des Lohnes ohne Familienzulage 1,5 Pf. der Mindestsatz für einen Arbeiter, der bisher Familienzulage für zwei oder mehr Kinder bezogen hat, 48 bzw. 51 Pf. Die Erhöhung der Akkorde beträgt 2 Proz.

b) Für Arbeiterinnen über 18 Jahre: Der Mindestsatz für eine Arbeiterin, die bisher Familienzulage für zwei oder mehr Kinder bezogen hat, 33 bzw. 35 Pf. Die Erhöhung der Akkorde beträgt 2 Proz.

4. Obenstehende Vereinbarung kann jeweils mit 14-tägiger Frist zum Schlusse einer Lohnwoche, und zwar erstmals zum 14. Dezember 1924, gekündigt werden.

Die Transportarbeiter werden sich in ihren Vertrauensmännerkonferenzen mit diesen Vorschlägen beschäftigen und ihrer Stellungnahme Ausdruck geben.

Wie steht's mit dem Bauarbeiterschuß?

Eine Dachdeckerversammlung am 22. Oktober in der Schulaula, Weinmeisterstraße nahm Stellung zum Bauarbeiterschuß. Der Referent, Arbeitersekretär Gustav Link, führte hierzu aus: Die gegenwärtigen standstilligen Zustände auf den Bauten haben diese Versammlung notwendig gemacht. Wenn vor dem Kriege einige Aufzüge für einen guten Bauarbeiterschuß vorhanden waren, so sind diese jetzt fast vollständig verschwunden. Es gibt in Groß-Berlin kaum eine Arbeitsstelle, von der gesagt werden könnte, der Schuh für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter ist befriedigend. Daß unter diesen Umständen die Dachdecker ganz besonders zu leiden haben, ist zumal für den Sachverständigen ohne weiteres klar. Die meisten Bauten werden fertiggestellt, ohne daß die vorgeschriebene Schuhrüstung vorhanden ist. Sicherheitsleine und Gurte sind nur in wenigen Be-

trieben in genügender Zahl für die Arbeitnehmer vorhanden. Wenn der Arbeiter vom Unternehmer die Herstellung der Sicherheitseinrichtungen fordert, dann wird er sehr oft in kurzer Frist entlassen. Die Unfallverhütungsvorschriften der Nordöstlichen Baugewerkschaft-Berufsgenossenschaft kommen in den meisten Fällen zur Anwendung. Bei Besuchen finden die Arbeiter nicht immer das notwendige Entgegenkommen der Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft. Bei diesen Umständen muß man sich wirklich wundern, daß die Unglücksfälle im Baugewerbe nicht noch zahlreicher sind, wie sie es leider jetzt schon sind. Es ist endlich an der Zeit, daß die Dachdecker gegen diese unhaltbaren Zustände ernstlich Front machen. Niemand hat es notwendig, bei ungenügender Schutvorrichtung zu arbeiten, jeder Dachdecker sollte beim Arbeitsantritt Sicherheitsleine und Gurte vom Arbeitgeber fordern und diese auf der Arbeitsstelle auch immer verwendungsfähig erhalten. Fehlen die Sicherheitseinrichtungen, dann ist es Pflicht jedes Dachdeckers, dem Verbandsvorstand sofort Mitteilung davon zu machen; er wird auf dem schnellsten Wege für Abhilfe sorgen. Die Unfallverhütungsvorschriften dürfen nicht nur auf dem Papiere stehen, sie müssen überall auch befolgt werden. Die Gleichgültigkeit muß endlich verschwinden. Jeder muß bestrebt sein, rechtzeitig für Verbesserung zu sorgen, sonst könnte es für ihn und seine Familie zu spät sein.

Zur Arbeitsvermittlung Erwerbsbeschränkter.

Ein Arbeitsloser, der sich seit Monaten vergeblich um Arbeit bemüht, schreibt uns: Eine besonders schwere und undankbare Arbeit hat die Sonderabteilung (Berufsamt) des Landesarbeitsamts für Erwerbsbeschränkte, Leichtverletzte, Invalidenrentner, Kranke wie auch erlassene Strafgefangene, schließlich auch Akademiker und Kaufleute. Sie kommen tagtäglich zum Arbeitsnachweis, doch meist nur um zu erfahren, daß für sie keine Stellen gemeldet sind. Denn meist werden derartige Stellen unter der Hand, durch Zeitungsanzeigen und persönliche Beziehungen vermittelt.

Das Landesarbeitsamt ist eifrig bemüht, durch seine Außenbeamten Arbeit zu beschaffen. Diese Beamten gehen von Betrieb zu Betrieb, von einem Geschäftshaus zum anderen, von einer Firma zur anderen, um passende Stellen für die Erwerbsbeschränkten ausfindig zu machen. Allein der Erfolg ist prozentual ziemlich gering. Es sei dahingestellt, ob aus Gleichgültigkeit oder einer unverständlichen Abneigung gegen das Landesarbeitsamt diesen die offenen Stellen nicht gemeldet werden. Die Unterbringung der Erwerbsbeschränkten in Arbeit bedeutet auch eine Entlastung der Wohlfahrtspflege. Die Erwerbsbeschränkten sind durchweg arbeitswillig und auch arbeitsfähig, da sie sich sonst nicht ständig beim Berufsamt des Landesarbeitsamts melden würden. Was nützen aber alle Bemühungen des Berufsamts, wenn die Arbeitgeber sich nicht dorthin wenden und offene Arbeitsstellen für leichtere Beschäftigung anmelde? An Auswahl von Arbeitskräften mit den verschiedensten Qualifikationen fehlt es wirklich nicht. Die Arbeitgeber mühten sich aber mehr als bisher auf die Inanspruchnahme dieser Vermittlungsstelle hingewiesen werden.

Für die Klage der Erwerbsbeschränkten haben wir volles Verständnis. Es handelt sich jedoch weniger um ein Uebergehen der Arbeitsvermittlungsstelle für sie, sondern um mangelnden Bedarf an solchen Arbeitskräften. Die Erwerbslosigkeit insbesondere auch unter den Jüngeren ist noch immer derart groß, die Löhne aber so sehr niedrig, daß die Arbeitgeber im Bedarfsfalle lieber einen vollkräftigen Arbeiter oder Angestellten an einen Posten stellen, der schließlich von einem Erwerbsbeschränkten ausgefüllt werden könnte. Denn die Bezahlung ist die gleiche.

Erst eine gründliche Besserung der Arbeitsmarktlage führt dazu, auch Erwerbsbeschränkte in größerer Zahl heranzuziehen. Immerhin möchten wir den Wunsch der Erwerbsbeschränkten unterstützen, im Bedarfsfalle ihren Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen.

Ein Reichslohntarif für die Tapetenindustrie ist zwischen dem Fabrikarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industrie (Api) nach monatelangem tariflosen Zustand abgeschlossen worden. Der Spitzenlohn beträgt 79 Pf. Die neuen Tarifabstimmungen sind heute im Verbandsbureau, Engelauer 24/25, Aufgang C, I, in Empfang zu nehmen.

Die Differenzen im Textilgroßhandel sind beigelegt. Die Konferenz der Funktionäre nahmen den vom Schlächter gemachten Vergleich, die Löhne um zirka 14 Proz. zu erhöhen, an. Die neuen Tarife sind beim Verkehrsband, Engelauer 24/25, Zimmer 32, zu haben.

Bahndirektion und Expeditionsarbeiterstreik.

Zu der in Nr. 495 des „Vorwärts“ veröffentlichten Entgegnung der Reichsbahndirektion auf die gegen sie anlässlich des Expeditionsarbeiterstreiks in Nr. 475 des „Vorwärts“ erhobenen Vorwürfe wird uns noch nachträglich mitgeteilt:

Die Entgegnung der Reichsbahndirektion ist ein Musterbeispiel einer amtlichen Irrführung unter sachlichem Deckmantel.

1. Behauptet war, daß die Eisenbahnverwaltung den bodenbeigen Expeditionsfirmen unzulässigerweise Eisenbahnwagen als rollende Lagerböden zur Verfügung gestellt hat. Diese Behauptung muß die Entgegnung bestätigen. Wenn sie meint, daß diese unzulässige Maßnahme nur an einer Stelle in Kraft trat, so meint sie damit wohl, daß diese eine Stelle nicht der ganze Direktionsbezirk, also auch die kleinen Landgemeinden, sondern nur die großen Berliner Ring- und Innenbahnhöfe waren; also eine Bestätigung der ersten Behauptung.

2. Während behauptet war, daß „dem Vernehmen nach“ die Reichsbahndirektion von den Speiditeuren für die unzulässige Einlagerung nicht das vorgeschriebene Lagergeld, sondern das viel niedrigere Wagenstandgeld zu erheben beabsichtige, spricht die Entgegnung davon, daß es unzutreffend sei, daß die Dienststellen angewiesen worden seien, von der Erhebung des Lagergeldes Abstand zu nehmen. Jedes Kind sieht den Unterschied. Wenn die Speiditeure diese Liebesgabe bei Beendigung des Streiks nicht erhielten, dann nur auf Grund der Veröffentlichung des „Vorwärts“, da diese aufgedeckte Parteinahme gerade zur Zeit des Lieberanges in privatwirtschaftlichen Betrieb doch zu sehr blamabel war.

3. Falsch ist die Entgegnung auch bezüglich der Ausrüstung und Abholpflicht der Stückgüter. Die Verwaltung muß eingehende Stückgüter, von wenigen Ausnahmen abgesehen, innerhalb Berlins durch die bahnamtlichen Speiditeure zurufen lassen. Hätte sie auf diese Unternehmung zwecks Einholung ihrer eingegangenen kontraktlichen Verpflichtung gedrückt, dann wäre der Streik gar nicht ausgebrochen. Weil die Firmen aber von vornherein wußten, daß die Verwaltung durch Begünstigung der Unternehmer den für den notwendigen Lebensunterhalt streikenden Arbeitern in den Rücken fallen würde, wurden diese Firmen erst kampfstufig. Die Reichsbahndirektion trägt somit an diesem Streik selbst die Mitschuld.

4. Die Behauptung der Entgegnung, daß zur Zeit des Streiks kein Wagenmangel geherrscht habe, ist ein Luftstoß, da eine diesbezügliche Behauptung gar nicht aufgestellt war. Will die Reichsbahndirektion den Wagenmangel bestritten, dann läte sie auf sich ihre eigenen Verfügungen, nach denen seit zirka 14 Tagen starker Wagenmangel herrscht, näher anzusehen.

Die ganze Entgegnung scheint dazu bestimmt, die Öffentlichkeit von dem Kern der Sache, der in der Parteilichkeit der Direktion lag, abzulenken.

Der Kölner Transportarbeiterstreik.

Köln, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik dauert unvermindert an. In den nächsten Tagen ist mit einer Verschärfung der Lage zu rechnen. Um die Lebensmittelversorgung Kölns nicht zu gefährden, hat die Leitung der streikenden Transportarbeiter mit Vertretern des Lebensmittelhandels besonders verhandelt. Mit den Kartoffelhändlern wurde bereits ein Lieberkommens erzielt, so daß hier wahrscheinlich eine generelle Regelung getroffen werden kann, wodurch die Lebensmittelversorgung Kölns gesichert wird.

Neben den Transportarbeitern versuchen jetzt auch andere Arbeitergruppen, durch Lohnbewegungen ihre Wirtschaftslage zu verbessern. Die Gemeindefabrikanten Kölns haben eine 20prozentige Lohnerhöhung gefordert. In der Metallindustrie und im Lebensmittelgewerbe sind bereits Abschlüsse erfolgt, während eine Reihe anderer Berufe noch in Verhandlungen mit den Arbeitgebern steht. Nach sorgfältigen, von gewerkschaftlicher Seite geführten Inzuberrechnungen sind im Kölner Wirtschaftsgebiet seit Mitte Juli d. J. die gesamten Lebenshaltungskosten um mehr als 25 Proz. gestiegen, bei den Baumaterialien wird sogar eine Steigerung von über 36 Proz. errechnet. Mit dieser neuen, gewaltigen Vertierung der Lebenshaltung dürfte Köln an der Spitze aller deutschen Großstädte stehen.

Köln, 24. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik dauert unvermindert an. In den nächsten Tagen ist mit einer Verschärfung der Lage zu rechnen. Um die Lebensmittelversorgung Kölns nicht zu gefährden, hat die Leitung der streikenden Transportarbeiter mit Vertretern des Lebensmittelhandels besonders verhandelt. Mit den Kartoffelhändlern wurde bereits ein Lieberkommens erzielt, so daß hier wahrscheinlich eine generelle Regelung getroffen werden kann, wodurch die Lebensmittelversorgung Kölns gesichert wird.

Neben den Transportarbeitern versuchen jetzt auch andere Arbeitergruppen, durch Lohnbewegungen ihre Wirtschaftslage zu verbessern. Die Gemeindefabrikanten Kölns haben eine 20prozentige Lohnerhöhung gefordert. In der Metallindustrie und im Lebensmittelgewerbe sind bereits Abschlüsse erfolgt, während eine Reihe anderer Berufe noch in Verhandlungen mit den Arbeitgebern steht. Nach sorgfältigen, von gewerkschaftlicher Seite geführten Inzuberrechnungen sind im Kölner Wirtschaftsgebiet seit Mitte Juli d. J. die gesamten Lebenshaltungskosten um mehr als 25 Proz. gestiegen, bei den Baumaterialien wird sogar eine Steigerung von über 36 Proz. errechnet. Mit dieser neuen, gewaltigen Vertierung der Lebenshaltung dürfte Köln an der Spitze aller deutschen Großstädte stehen.

„Die Welt wird wärmer mit jedem Tag...“

Er war ganz warm
TACK SCHUH

wärmt im Hause

Kamelhaar - Schnallenstiefel mit Filz- und Leder- sohle, in nur guten Stoff- qualitäten, mollig warm, für Herren, Damen, Mädchen und Kinder, f. Kinder Gr. 19/24 von **1 95 an**

Filzstoff - Schnallenstiefel mit und ohne Lederbesatz, ganz besonders preiswert, für Herren, Damen, Mädchen und Kinder. Für Kinder mit Leder- spitze Gr. 19/24 . . . von **2 45 an**

Damen - Kamelhaar - Um- schlagschuhe mit Pompon, sehr beliebter Artikel, in vielen Preislagen von **2 95 an**

Hauschuhe, riesige Auswahl in Kamelhaar, Filzstoff und Leder für Damen und Herren. Besonders schöne Muster in Damen-Morgenschuhen . . von **1 95 an**

Winter - Pantoffel, in ge- streifter Plüsch, ganz starke Filzsohle, sogen. Pommern- Pantoffel, Herren Gr. 43/47 7.90, Damen Gr. 37/42 2.40 Mädchen Gr. 31/35 1.95, Kinder Gr. 27/30 **1 75**

Er war ganz warm
TACK SCHUH

wärmt auf der Straße

Damen - Schnürstiefel, in Rnschevr., spottbilliger Stiefel für den Herbst. **8 90**

Damen - Schnürstiefel, bestes Material, in Original- Rahmenarbeit, Schlagerpreis **12 50**

Herren - Schnürstiefel, echt Rindbox mit Zwischensohle, Original-Rahmenarbeit. . . **14 50**

Herren - Schnürstiefel, in Boxkalk mit Zwischensohle Original-Rahmenarbeit . . **16 50**

Mädchen- u. Knaben-Schul- stiefel, kräftiges Rindbox, strapazierfeste Ware, Gr. 36/39 7.90, Gr. 34/35 6.00, Gr. 31/33 6.40, Gr. 29/30 5.90, Gr. 27/28 **5 40**

Tack & Cie A.G. Burg b. Magd. b.

Preisauschreiben! Wir weisen wiederholt darauf hin, daß in den Fenstern unserer sämtlichen 113 Verkaufsstellen ein Preisauschreiben ausgestellt ist, an dem sich jedermann ohne Geldeinsendung und ohne Kaufzwang beteiligen kann!

- Friedrichstr. 240/41
- W. Potsdamer Straße 50
- W. Schillstraße 16
- NW, Beusselstr. 29
- NW, Turmstraße 41
- NW, Wilsnacker Str. 22
- N, Brunnenstraße 37
- N, Danziger Straße 1
- N, Friedrichstraße 130
- N, Müllerstraße 3
- O, Andreasstraße 50
- O, Frankfurter Allee 22
- SO, Oranienstraße 2a
- SO, Wrangelstraße 49
- C, Spittelmarkt 15
- C, Rosenthaler Straße 14
- Neukölln, Bergstr. 30/31
- Potsdam, Brandenburger Str 54 / Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 122/23

Wie märkische Kleinstädte aussehen.

Mittenwalde.

Wer in kleinen Städten — ganz gleich, wo sie liegen, ob in Nord- oder Süddeutschland — sich umgesehen hat, wird finden, daß sie ihr eigenes Leben haben, das Ruhe mit Behaglichkeit, Rettigkeit und selbstbewußter Bodenständigkeit verbindet. In ihnen ist gewissermaßen — ins Bürgerliche überseht — ein Hauch von jenen Authornaturen zu spüren, die den Kürnberger Burggrafen als unwillkommenen Fremdling ansahen. So wehrt die kleine Stadt den langen Arm der Großstadt, der Weststadt zumal, ab: „Wir wollen unter uns sein.“ Ausichtslos wird dieser Kampf, soweit die materiellen Interessen in Frage kommen. Man sehe sich nur die kleinen Städte im Bereich des Berliner Vorortverkehrs an — was sind sie anders als die Passanten der Weststadt, deren Autos durch die engen Straßen rasen, deren Jüge Menschenmassen ausspeien, die in Berlin ihr Brot verdienen und in der kleinen Stadt nur durch Zufall heimisch geworden sind. Eine rühmliche Ausnahme ist Mittenwalde. Trotz der Bahn von Neukölln und der zweiten nach Königsmusterhausen, und trotz der verhältnismäßig nahen Lage an dem im Kriege so lebhaft gewordenen Jossen ist Mittenwalde die typische kleine Stadt geblieben, zugleich die einzige im Teltower Kreise, die Altstädtliches aufzuweisen hat. Freilich ist die Bahnverbindung keine glänzende, aber zurzeit genügt sie vollkommen; wer gut zu Fuß ist, wird von der Vorortstation Rangsdorf über Groß-Rohdnow nach Mittenwalde marschieren. (1 1/2 Stunden.)

Aus vergangenen Zeiten.

Mittenwalde — mitten im Walde: was läge wohl näher als diese Ableitung. Aber von Wald ist keine Spur zu entdecken, im Gegenteil, der Jülowkanal und der Nottkanal gehen am Städtchen vorbei und zeigen den ebenen Charakter der Landschaft an, die allerdings in der Ferne von Hügeln begrenzt wird. Die alte verschwundene Burg auf dem Hausgrabenberge war einst ein unstrittener Stützpunkt in den Kämpfen zwischen den Brandenburger und Meißener Markgrafen (13. Jahrhundert) und 1638 verheerte eine Feuersbrunst die Stadt. Aber bald nachher konnte Mittenwalde sein Anrecht auf Fortleben in unserer Kulturgeschichte erheben: von 1651 bis 1657 wirkte der Diederichsdichter Paul Gerhardt hier als Propst. Unterhalb Jahrhundertis danach barg Mittenwalde eine spätere Bekanntheit (wenn auch auf anderem Gebiete) in seinen Mauern: den damaligen Major Jork, dessen Name mit dem Beginn der Freiheitskriege durch die Konvention von Tautoggen für immer verknüpft ist. Und in der Mitte zwischen diesen beiden Erscheinungen steht der „Junge Fritz“, der 1730 nach seiner Flucht in Mittenwalde das erste Verhör zu bestehen hatte, ehe er nach Küstrin abgeführt wurde. So haben in allen Zeiten keine Städte ihre Bedeutung für die Tagesgeschichte gehabt, während heute der Koloch Großstadt auch diese „Sensationen“ an sich reißt.

Paul Gerhardt.

Als 1648 der Dreißigjährige Krieg und damit die Verwüstung Deutschlands sein Ende erreicht hatte, war es den Städten und Dörfern wieder möglich, für ihre oft zerstörten und noch öfter gerandachten Kirchen-Gebäude zu bestellen. Auch Mittenwalde sah sich nach einem neuen Propst um, und der Kirchenvorstand wandte sich an das „Ministerium“ der Nikolaitirche in Berlin mit der Bitte, es möge ihm einen geeigneten Geistlichen vorschlagen. Das „Ministerium“ empfahl Paul Gerhardt, der damals im 46. Lebensjahre stand, sich seit mehreren Jahren in Berlin aufhielt, wahrscheinlich durch Erteilen von Unterricht sein Leben fristend, und der als Freund des Archidiaconus von St. Nikolai, Joachim Fromm, wohl öfter Gelegenheit gehabt hatte, die Kanzel zu besteigen. So kam der Aristokrat, der bisher nur durch seine geistlichen Veder bekannt geworden, deren 18 Stück schon des 1648 erschienenen Crügersche Gesangbuch aufweist, zu einer Stellung, die ihm erlauchte, die Schwester der Frau seines Fremdes Fromm, Anna Maria Barthold, Tochter des Kammergerichtsadvokaten Barthold in Berlin, zu heiraten. Die in Mittenwalde verlebte Zeit war keine reiflos glückliche; sein 1656 ge-

horones Töchterchen schied bereits ein Jahr später aus dem Leben, seine Frau kränkelte vielfach und ihm selbst legten Antrigen aller Art Hemmungen in den Weg. Sein Trost war die Dichtkunst und hier in Mittenwalde entstand u. a. sein berühmtes Gedicht: „Besteh du deine Wege“. Der im Jahre 1657 erfolgenden Berufung als Archidiaconus an der Berliner Nikolaitirche folgte er gerne, nicht ahnend, daß er bald in heftige dogmatische Fäkerereien verwickelt sein würde. Es war die Zeit der Dispute zwischen den Reformierten und den Lutheranern, und Gerhardt zog sich durch sein Eintreten für die letzteren den Unwillen des reformierten Kurfürsten Friedrich Wilhelm zu, der sogar seine Amtsentsetzung in die Wege zu leiten befohl.



Berliner Tor in Mittenwalde

Wenn es auch keine Jahre der Not waren, die Gerhardt damals durchlebte, so folgte er doch 1639 gern einem Rufe nach Lübben, wo er dann bis zu seinem 1678 erfolgten Tode tätig gewesen ist.

Die Sehenswürdigkeiten.

Da ist zunächst die stattliche Moriskirche, ein dreischiffiger Hallenbau mit Chorumgang; der untere Bau ist fast durchweg aus Granit hergestellt; die Kirche mit ihrem hochstrebenden Turm ist vorzüglich erhalten. Im Innern fesselt natürlich das an der Seitenwand des Chors hängende Bildnis Paul Gerhardts. Es ist die Kopie eines in der Kirche zu Lübben befindlichen Gemäldes, das Gerhardt in Lebensgröße darstellt. Aber noch eine Erinnerung an ihn findet sich hier: die Gedentafel für das so früh gestorbene, erstgeborene, herzliche Töchterlein Maria Elisabeth (19. Mai 1656 — 14. Januar 1657); vier Engelsköpfe sind in den vier Ecken der in ihrer Einfachheit so rührend wirkenden Tafel angebracht. Weiter enthält die Kirche einen reichen Schnitzaltar, 1514 von der Kurfürstin Elisabeth gestiftet, und, an der Chorumwand sich hinziehend, 45 Kirchenstühle der alten Ge-

werke und Innungen, die mit forbigen Emblemen geschmückt sind. Als wir die Kirche besichtigten, war gerade tags vorher Erntedankfestesdienst gewesen; zwei Garbendbüschel lehnten noch am Altar, und buntblättrige Ranken zogen sich entlang an einem solchen Tage sieht die Kirche wohl viele Besucher, aber sonst? Die Jugend ist auch in Mittenwalde materiell gesinnt, und zahlreiche Schank- und Gaststätten laden zum Bermessen ein. Noch ein Zeuge aus der alten Zeit ist vorhanden: der Berliner Torturm (siehe Bild), mit dem noch erhaltenen malerischen Außentor einen stattlichen Komplex bildend. Zurzeit ist dieser Torbau kein Verkehrsbehinderung, und sollte dieser Fall mal eintreten, so wird man hoffentlich den alten Gefellen zu reiten wissen. Kirchen hat schließlich jede Stadt, aber alle Tore sind Seltenheiten geworden.

Die Entwicklung der Stadt.

Zu der oben angegebenen Entwicklungsmöglichkeit seien noch einige Worte gestattet. Der Industriegott hat, wenn auch noch nicht von Mittenwalde, aber doch von dem Gelände vor seinem Torca Besitz ergriffen: auf Teltow Gebiet, das aber nach einem anderen nach Dorje Schöneicher Plan genannt wird, nähert sich eine große Fabrikanlage der Sunlichtseifengesellschaft der Vollenburg. Häuser für Angestellte werden ebenfalls gebaut, die Eisenbahn geht schon von früher bis hin zu dem „Plan“, wo ehemals eine Knochenmühle sich befand, und weiterhin ragen noch Ziegeleien hoch, denen eine kommende Bautätigkeit neues Leben bringen kann. Bequeme und vortrefflich gehaltene Chaussees gehen nach allen Richtungen hin, und der bei Jossen leider allmählich der Verumpfung entgegengehende Nottkanal ist bis Mittenwalde noch gut schiffbar, also alle Vorbedingungen sind gegeben, hier ein großes Industriegebiet zu schaffen.

Daß Mittenwalde als Ausgangspunkt sehr gewinnen würde, liegt auf der Hand: die Verbindung Schöneiche resp. Teltow-Jossen ist wegen verschiedener Chaussee„buckel“ für Fahrzeuge nicht so günstig. Hoffentlich wird die Entwicklung nicht zu einer Verdrängung der Gegend mit Mietkasernen führen: hier heißt es in die Breite und nicht in die Höhe zu bauen — ein Problem, das der Beachtung aller kommunalen und staatlichen Faktoren empfohlen sein sollte.

Im Vermietungsbureau.

Täglich führt mein Weg an ihm vorbei und stets sehe ich weibliches und männliches Hauspersonal hineingehen und herauskommen. Das Bureau ist in einem Ladenraum untergebracht, dessen Fenster mit dichten Gardinen verhängt sind. Kürzlich gewählte nun eine Oeffnung im Vorhang einen Einblick in das Innere des Bureaus und ich versuchte, einen Blick hineinzuworfen. Es gelang mir aber nicht und kurz entschlossen betrat ich den Raum. Die Reugier, zu sehen, wie es in einem solchen „Betriebe“ zugeht, trieb mich dazu.

Es war kein schönes Bild, das sich mir bot. So ungefähr stellte ich mir einen der früheren Skadenmärkte vor. An den Wänden entlang standen rohe Holzbänke, auf denen die Stellungsuchenden Platz nahmen. Meist waren es Mädchen, jüngere und ältere. Etliche waren anscheinend schon ohne Stellung und hatten deshalb in Reisefärdern ihre Habfeligkeiten gleich mitgebracht. Hinter einem Schreibtisch saß die Vermieterin und telefonierte gerade mit einer „gnädigen Frau“. Diese fragte an, ob für sie „aktuas Possendes“ da sein. Ein dickes Weib mit aufgedunsenem Gesicht, blühenden Ringen an den Fingern und einer süßen Stimme empfahl „der Gnädigen“, doch mit heranzukommen, sie könne „mehreres besichtigen“. Vor dem Schreibtisch standen einige Posterküste, die nur für die „Herrschafsten“ reserviert waren. Leises Flüstern durchzog den unfreundlichen Raum und eine bange Frage lag auf allen Gesichtern: Wer wird die Glückliche (oder Unglückliche) sein? Nach kurzer Zeit trat die gnädige Frau, mit gewählter Eleganz gekleidet, ein. Eine junge Person war es noch, von der Vermieterin aber anscheinend eine alte Bekannte. Die Mädchen verkrummten und erhoben sich, wie von einer unsichtbaren Macht gezogen, sämtlich von ihren Plätzen. Sie kümmerte sich zunächst nicht um die Wartenden, sondern wechselte erst ein paar Worte mit der Vermieterin. Dann ging die „Besichtigung“ los. Durch die Vornette wurde jedes ei-

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

London! Die Fahrt von der Bahnstation bis zum Elternhaus war ein Märchen. Wieder in London! Dies Glück! Vielleicht war dieser Urlaub der letzte, den er gesund hier erleben durfte, deshalb war jede Minute köstlich. Schon der Geruch der Straße, das Rasseln der Autos, ja, die feuchte Nebelkälte der Winternacht berauschte ihn.

Damals war die alte liebe Stadt so schön gewesen. Wenn er jetzt durch die Straßen ging, während Joyces Krankheit, sagte ihm London nichts. Vielleicht war das seine Schuld. Vielleicht hatte er sich gewandelt, nicht London. Die ganze Welt war ja anders geworden, und alle Menschen, und England selbst, das einst so unveränderlich schien. Und als er so durch die Straßen wanderte, um sich zu ermüden und Schlaf für die Nacht zu gewinnen, fühlte er sein ganzes Sein von Pestimismus durchdrungen. Das war gar nicht zu vermeiden, jedes Gesicht, dem er begegnete, jede Zeitungsüberschrift, jede Ansammlung von Leuten an den Straßenecken, die er in langen Zügen von Arbeitslosen in den Nebenstraßen traf, strömte diese Trostlosigkeit aus.

Besonders diese Züge von Arbeitslosen, sämtlich gediente Soldaten, taten ihm furchtbar weh. Sie trugen Fahnen mit der Aufschrift: „Keine Almosen, sondern Arbeit wollen wir.“ Und dies waren dieselben Männer, die er bei Albert, Bapaume und Arras-Vens und Ypern-Menin hatte marschieren sehen, als sie gebraucht wurden. Das waren die Helden, die im Kriege gefochten hatten, um den Krieg zu Ende zu bringen, die Jüngens in den Schützengräben, für die nichts zu gut wäre. Und jetzt marschierten sie hier, abgerissen, mit durchlöchernten Schuhen, manche noch in den alten Kfazi-Uniformen, von deren Knöpfen und Achselstreifen abgetrennt waren, und alle elend und trostlos. „Keine Almosen“, stand auf ihren Fahnen, aber ihre Bolen hielten den Passanten Sammelbüchsen vors Gesicht mit drohenden, feindlichen Blicken.

Nie konnte Bertram vorbeigehen, ohne in diese Büchsen ein paar Kupfermünzen einzuworfen, bis er sich einmal daran erinnerte, daß es ja das Geld seiner Frau war, das er hier fortgab. Der Gedanke trieb ihm das Blut ins Gesicht und ließ ihn plötzlich ruhelos weiter wandern. Es war ja geradezu widersinnig, wenn er die Arbeitslosen unterstützte, war er doch auch einer von ihnen, nur noch aussichtsloser als sie.

An vielen Straßenecken lugerten ärmlich aussehende Leute jeden Alters herum, besonders vor Häusern, welche die Aufschrift „Arbeitsbörse“ trugen. Bertram konnte sich nicht gut vorstellen, was solche Arbeitsbörse leistete, aber plötzlich kam ihm der Gedanke, daß er sich selbst da einschreiben sollte für irgendeine beliebige Arbeit, der ein Mann wie er gewachsen wäre. Er konnte gut mit den Leuten umgehen und verstand besonders gut, zu organisieren. Das Wort „organisieren“ war ein famoser Einfall, er wollte es doch gleich einmal bei dem Leiter der Arbeitsbörse anwenden.

Es war in der Hauptstraße von Marblebone, wo er sich mit einer Entschuldigung durch die Leute durchdrängte, die die Türen belagerten. Einer darunter sah ihm ins Gesicht und nahm eine „Habt-acht“-Stellung an, wie in alten Zeiten, aber sein Nachbar knurrte ihn an: „Hier gibts keine Kriecherei vor Offizieren! Damit sind wir fertig!“ Und das Lachen der anderen bewies Bertram, wie sehr diese Aeußerung der Menge gefiel.

Bertram mußte in einem leeren Zimmer stehend warten, während ein Junge seine Karte mit „Major a. D. Pollard“ und seinen sonstigen Würden in das innere Zimmer brachte. Als Bertram eingetreten war, hatte er einen hochgewachsenen Mann in schäbiger Eleganz gesehen, der am Kamin stand. „Schauderhaftes Wetter“, sagte der. „Schön ist's nicht“, gab Bertram zu. „Ungefähr ebenso schön wie unsere herrliche Regierung!“ fuhr der Mann fort, der sicher auch ein Offizier a. D., jedenfalls aber ein Gentleman war. Mit heftiger Gebärde zwirbelte er seinen schwarzen, offenbar gefärbten Schnurrbart. „Was hat denn die Regierung jetzt wieder getan?“ fragte Bertram höflich.

„Ach weiter nichts Schlimmes, sie richtet nur den Staat ein bißchen zugrunde“, war die mit unterdrückter Wut gegebene Antwort. „Sehen Sie nach Indien! Da wimmelt es von Aufruhr. Der einzige Mann, der mit fester Hand die Dinge meisterte, ist entlassen und in Ungnade gefallen. Sehen Sie nach Irland! Anarchie und Mord! Was vollbringt die Regierung dort? Gibt den Verrätern nach, die totgeschossen werden müßten wie Hunde. Sehen Sie nach England! — Die öffentlichen Gelder fliehen wie Wasser davon, Regierungsämter verschwenden Millionen, die Regierung selbst kriecht vor den Gewerkschaften und Bolschewisten.“

„Ja, es ist alles so schwer“, sagte Bertram. Wie genau kannte er diese Aeußerungen schon. Mit denselben Worten hatte sein Vater die Regierung mit all ihren Maßregeln ver-

dammt. Komisch, daß dieser heruntergekommene Mensch hier in dasselbe Horn stieß, wie Bertrams in der Wolle gefärbter reaktionärer Vater, dessen Ansichten Christy so ironisch verlästerte, als Bertram sie diesem Sohn des Volkes mitgeteilt hatte.

Sein neuer Bekannter begann indessen, sein eigenes Leid zu beklagen. Nach ehrenvollem Dienste fürs Vaterland mußte er in einer gemeinen Pension wohnen und in der Arbeitsbörse Beschäftigung suchen. Eine furchtbare Demütigung.

„Wieso denn?“ fragte Bertram. „Eine Arbeitsbörse ist doch dazu da, Arbeit zu vermitteln?“ Das ist doch sehr nützlich!

Der Mann mit dem gefärbten Schnurrbart starrte ihn verständnislos an. „Denken Sie denn, ich bin ein verdammter Arbeiter?“ fragte er drohend.

„Wäre ich nur einer!“ sagte Bertram. „Alles lieber als dies Herumlungen.“

In diesem Augenblick erschien der Junge, rief seinen Namen und öffnete die Tür zum Bureau, was Bertram jeder weiteren Aeußerung entloh.

Der Sekretär der Arbeitsbörse erhob sich und sagte: „Bitte, setzen Sie sich, Herr Major.“ Bertram sah, daß er einen Altersgenossen vor sich hatte, einen angenehm aussehenden Mann, mit den typischen Merkmalen der freiwilligen Offiziere, die damals zu Tausenden nach Frankreich geströmt waren.

„Was wünschen Sie?“ fragte der Sekretär und bot ihm eine Schachtel billiger Zigaretten an.

Bertram erklärte, daß er lohnende Arbeit suche, gleichviel welcher Art, und wurde verwirrt, als der Sekretär anfang zu lachen und sofort das „Herr“ fallen ließ. „Hat keinen Zweck, hierher zu kommen, mein Lieber! Ihnen geht's doch sicherlich nicht so schlimm?“

„Sehr schlimm“, sagte Bertram, „verteufelt schlimm.“

„Was verstehen Sie?“

Bertram erwähnte das berühmte Wort „Organisieren“, aber der Sekretär schüttelte lächelnd den Kopf. Dann folgte eine Reihe schneller Fragen, wie aus einem Maschinengewehr geschossen.

„Haben Sie eine anständige Handschrift? Nein? Können Sie Maschine schreiben? Nein? Sind Sie guter Rechner? Nein? Stenographie? Nein? Kenntnisse vom Ingenieurwesen, Buchhaltung, Obergewicht — irgendein Handwerk, Geschäft oder Beruf? Nein?“

(Fortsetzung folgt.)

Landwirtschaft und Schutz Zoll.

Auf der 54. außerordentlichen Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats, die am 23. und 24. Oktober in Berlin stattfand, hielt der bekannte konservative Nationalökonom Sering, der sich vor dem Kriege durch sein starkes Eintreten für den Schutz Zoll einen Namen als Berater der Landwirtschaft erworben hat, folgende Rede, die wir fast ungelürzt wiedergeben:

„Sie wollen davon überzeugt sein, daß ich von denselben Grundanschauungen ausgehe, die Ihnen eingangs unserer Sitzung mit so eindringlichen Worten unser Präsident formuliert hat. Ich bin durchdrungen von der fundamentalen Bedeutung der Landwirtschaft für unser Volk und unsere Volkswirtschaft. Ich stehe auch durchaus auf historischem Boden. Ich habe die Wirtschaftspolitik Bismarcks mit heißem Herzen mitgemacht. Ich habe auch in Ihren Kreisen über die Agrarzölle damals gesprochen. Wenn ich heute eine von den Vorrednern abweichende Stellung einnehme in der Handelspolitik, so dürfen Sie den Grund dafür nicht in meiner Gesinnung suchen, nicht in einem Abweichen von meiner politischen Grundeinstellung, sondern vielmehr darin, daß ich in meinem eingehenden Studium der Verhältnisse die Meinung gewonnen habe, die Zustände heute gegenüber der glücklichen Zeit vor dem Kriege haben sich so völlig verändert, daß es anderer Heilmittel als in jener Zeit bedarf, um die schwere Notlage unserer Landwirtschaft zu mildern. Die Notlage ist da, sie ist viel schwerer als in der Zeit der ersten großen Depression 1878—1879. Damals waren viele Tausende von Landwirten gefährdet in ihrer Existenz. Heute ist die Landwirtschaft als solche gefährdet, weil die Bedingungen, unter denen heute die Wirtschaft steht, mit ungeheurer Gewalt hindrängen auf die Extensivierung, die eine schwere Gefahr für unser Volk ist. Die Heilmittel aber bemittelt jeder gute Arzt nach Maßgabe der Ergebnisse der Diagnose, jetzt sie in Verhältnis zu den Ursachen, die das Uebel hervorrufen. 1876 wurde die Krise herbeigeführt durch die Kolonisierung vorher unbedauter Gebiete und durch die Ueberschwemmung des Marktes mit billigen, in extensiver Wirtschaft hergestellten Agrarprodukten. Den Preis bestimmten damals die Kosten des Grenzfarmers, der das noch unbedaute fruchtbare Land bestellte. Heute liegen die Dinge anders. Ich habe seit mehr als einem Jahre eine große Erhebung in Gang gesetzt mit Hilfe des Instituts für Agrar- und Siedlungswesen. Ich habe Mitarbeiter in allen wichtigen Ländern gefunden. Berichte sind jetzt von überall eingegangen, mit Ausnahme von Rußland. Was ist das Ergebnis? Ganz übereinstimmend das folgende:

Die Landwirtschaft in den Gebieten, die Massenerzeugnisse für die Ernährung der europäischen Industriebevölkerung, also vornehmlich Getreide und Fleisch hervorbringen, ist auf das tiefste bedrückt. Sie leidet unter demselben Uebel, das unsere Landwirtschaft unrentabel macht: nämlich unter einer Preisgestaltung, die darin besteht, daß ihre Preise auf oder unter dem Vorkriegsstande stehen, während die Betriebsmittel einen Stand von 150—200 Proz. der Vorkriegszeit erreicht haben.

Diese Preisföhre macht sich geltend überall dort, wo Getreide und Fleisch in großen Mengen gewonnen werden.

Weniger von dieser Preisverschlebung betroffen sind die Gegenden, in denen Milchwirtschaft, betrieblen wird, oder wo die Gewinnung von Wolle und Baumwolle voransieht. Gegenüber dem Großen Reizkern ist es nicht ganz überflüssig, daß aus Kanada ein Bericht eingegangen ist (der Redner verliest den Bericht, in dem es heißt):

„Die Selbstkosten des Getreidebaues im Westen Kanadas sind so hoch, daß der Getreidebauer ein unrentables Geschäft geworden ist. Insbesondere der Weizenbau rentiert sich nicht; eine Umstellung der Kultur ist selten möglich. Intelligente Farmer erheben starke Zweifel, ob es möglich sei, eine solche schwere Ware tausend Meilen vom Meere entfernt anzubauen.“

Tausende von Farmern sind im Begriff abzuwandern. Die Bewegung nach einem Anschluß der Vereinigten Staaten wächst stark an unter dem Druck der ökonomischen Verzweiflung. Ebenso lauten aber die Nachrichten aus den Vereinigten Staaten und ganz ähnlich auch aus Argentinien. Die Ursache ist überall die gleiche: nämlich die Preisföhre.

Es ist mir ganz klar: es gibt nur eine wissenschaftliche haltbare Erklärung. Denken Sie an den Thüringischen geschlossenen Handelstag! Dieser Staat wird überfallen, die Städte werden ausgeplündert und mit hohen Tributen bestraft. Die Stadt kann daher nur halb so viel Gegenwerte an Industrieerzeugnissen hergeben für Getreide und Fleisch.

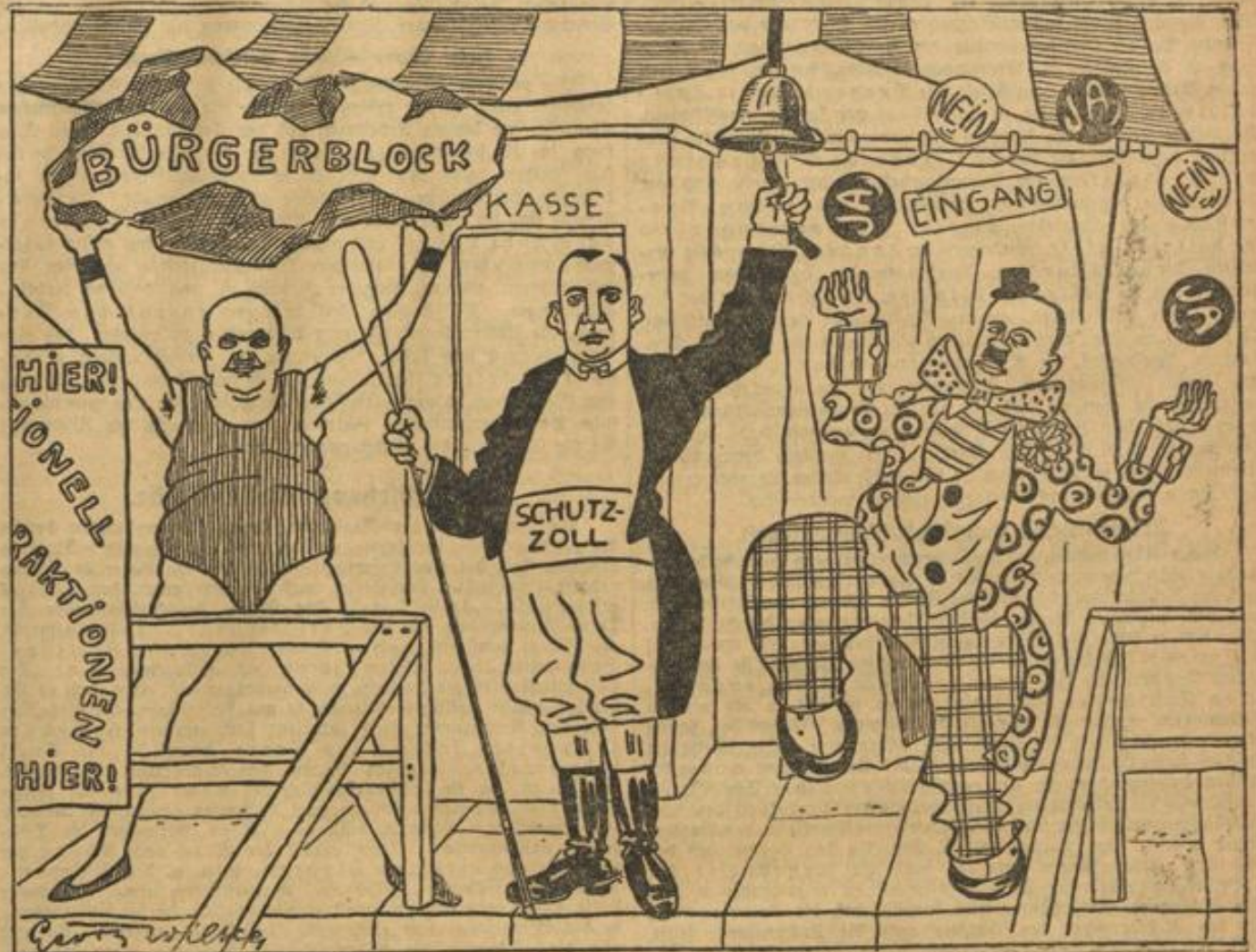
Der Grund liegt in dem Zusammenbruch Mittel-europas, verursacht durch das Verbrechen von Versailles. Die Kaufkraft der mitteleuropäischen, besonders der deutschen Bevölkerung ist tief gesunken. Die Preise haben sich angepaßt der schwächsten Käufergemeinschaft, derjenigen Deutschlands, die früher die aufnahmefähigste war nächst der Engländer. Daher mußten die ausländischen Exportgebiete mit den Preisermittlungen so heruntergehen, daß sie die Selbstkosten nicht mehr decken können. Die Ursache liegt nicht auf Seiten des Angebots, sondern auf Seiten der Nachfrage. Die Preise werden nicht bestimmt durch die Produktionskosten des Grenzfarmers, sondern durch die Kaufkraft des schwächsten Käufers. Der Ausfall von Rußland und der Donauländern als Getreidelieferanten hat das nicht verhindern können.

Der Schutz Zoll kein Heilmittel.

Wenn diese Diagnose zutrifft, so kann das Heilmittel nicht darin gesucht werden, daß wir durch Zölle die Lebensmittel für die verdorrte Industriebevölkerung verteuern. Es ist unwahrscheinlich, daß das zu machen ist. Was wäre denn der Effekt? Wir würden sofort eine lebensschädliche Bewegung bekommen nach einer Steigerung der Löhne und der Gehälter, damit gesteigerte Produktionskosten der Industrie und gesteigerte Steuern. — Endergebnis: Die Preispanne ist gestiegen, die Ursachen der Agrarkrisis dauern in verschärfter Weise fort.

Das müssen wir uns überlegen, damit wir nicht in der guten Absicht, der Landwirtschaft zu helfen, sie tatsächlich schädigen. Wenn also der gute Arzt keine Heilmittel bemittelt nach dem Ergebnis der Diagnose, so muß er sie auch bemessen nach der gesamten Konstitution des Patienten. Auch da ist die Lage bei uns völlig verändert gegenüber der Vorkriegszeit. (Sering schildert hier die Gebietsverluste und die Verluste an Rohstoffen.) Dabei haben wir eine dichtere Bevölkerung als vor dem Kriege. Wir sind ein über-völkertes Industrieland. Wie kann dieses Volk hoffen, sein Leben weiter zu fristen und seine Nachkommenschaft aufzu-ziehen? Es gibt fürwahr kein anderes ausschlaggebendes Mittel als Heranziehung der Rohstoffquellen des Auslandes. Das ist nicht anders möglich. Wir haben nicht genug an Zink, Eisen und anderen Rohstoffen. In ganz anderem Maße

Deutschnationaler Zirkus.



Auch die besten Jongleure erleben ihre Pleite!

müssen wir die natürlichen Schätze der Erde von überall her heranziehen. Vor dem Kriege hatten wir dazu allerhand Handhaben. Wir besaßen nächst England die größte Handelsflotte der Welt, deutsche Kaufleute waren in großer Zahl im Auslande, wir hatten Reserven an Kapital. Wir sind jetzt in der Zwangslage die Armut des Vaterlandes nicht mehr anders ergänzen zu können als durch Ausfuhr von Industriewaren. Das ist eine gräßliche Notwendigkeit. Liegt das so, dann muß Deutschland darauf aus sein, das Preisniveau in seinem Inlande niedrig zu halten, sonst kann es nie heraus mit seinen Erzeugnissen. Alle Maßnahmen, die dagegenwirken, sind nicht vereinbar mit den neuen Lebensbedingungen des Volkes. Nun läßt sich die Frage beantworten: Wie können wir das Uebel der Preisdisparität bekämpfen? Denn das ist die Aufgabe.

Zwei Mittel stehen dazu zur Verfügung: die Erhöhung der Agrarpreise und die Senkung der Industriepreise.

Es ergibt sich, daß wir grundsätzlich darauf aus sein müssen, das Preisniveau unserer Industriewaren zu senken. Wir müssen den Versuch machen, die Agrarpreise zu heben, indem wir die Waren, die der Landwirt braucht, im Preise herunterdrücken. Das führt mich zur prinzipiellen Einstellung gegen den industriellen Schutz Zoll. Jetzt ist die Landwirtschaft benachteiligt gegenüber der Industrie. Das ist aber nicht die entscheidende Ursache für die Preispanne, jedoch eine sehr wichtige Ursache für die Tatsache, daß in Deutschland die Preisföhre mehr auseinanderklafft als in vielen anderen Ländern, z. B. England und Dänemark. Wir brauchen die völlige Aufhebung der Zölle, die den Betrieb und die Lebenshaltung der Landwirtschaft verteuern. Dann würde sich die Preisföhre so weit schließen wie in den beiden genannten Ländern. Dort ist die Disparität viel geringer. Die Kaufkraft des Roggens gegenüber Geräten und Maschinen war dort im Jahre 1923/24 etwa ebenso wie vor dem Kriege, während in Deutschland im ersten Halbjahr 1924 die Kaufkraft des Roggens gegenüber Geräten und Maschinen nur 60 Proz. der Vorkriegszeit betrug.

Geht man davon aus, daß ebenso wie vor dem Kriege ein allgemeiner Schutz der nationalen Arbeit eingeführt werden soll, so bedeutet das, daß die Preisdisparität fortdauern, sich aber auch deshalb erheblich verschärfen wird.

weil die Industrie, in starken Verbänden organisiert, es fertigbringen wird, daß der Schutz Zoll sich vollkommen in den Inlandspreisen auswirkt. Bei der Landwirtschaft ist diese Sicherheit nicht gegeben, weil infolge der gesunkenen Nachfrage bei einer normalen Ernte der Zoll abgewälzt wird, und zwar ganz oder zum erheblichen Teil, auf den ausländischen Produzenten. Die Weltmarktpreise werden gesenkt. Da helfen uns Agrarzölle nichts oder nur wenig: die Preisdisparität bleibt wiederum bestehen und wird sogar gesteigert.

Gegen den Schutz Zoll.

Nach dem oben kommt ich zu dem Ergebnis, daß es im landwirtschaftlichen Interesse liegt, eine Handelspolitik zu befürworten, die im Einklang steht mit den allgemeinen Bedingungen der Volkswirtschaft, also ein niedriges Preisniveau herbeizuführen. Ich glaube, daß es der Landwirtschaft wichtiger wäre, alle Zölle zu entbehren, wenn auch die Industriezölle fallen. Es ist das nicht lediglich theoretische Spinstererei, wenn man sich die Verhältnisse zunächst in abstrakter Weise klar macht. Man gewinnt dann ein eigenes Ziel für die Handlungen und eine Kontrolle der Wirkungen, die man davon zu erwarten hat. Wie sieht die Wirkung aus?

In der Wirklichkeit ist es so, wie die Herren erzählt haben. In der ganzen Welt eine über-agend verstärkte Schutz-zollbewegung seit dem Kriege und vor allem zugleich eine Differenzierung (Schlechterstellung) der deutschen Ware bei einer ganzen Reihe von Staaten. Selbstverständlich können wir nicht einseitig zum Freihandel übergehen, wie es einst England getan hat. Wir können dazu nur übergehen in der Erwartung, für unsere Produkte aufnahmefähige Märkte zu schaffen, Differenzierungen zu beseitigen und die Schutz-

zölle anderer Staaten abzubauen. Dazu haben wir ein kräftiges Mittel vom 10. Januar nächsten Jahres ab im Kampf Zoll. Unter diesem Gesichtspunkt habe ich es bedauert, daß die Zollvorlage im Reichstage keine Erledigung fand. Kampf- und Kompensationszölle sind dazu da, um abgebaut zu werden. Auch unsere Industrie befindet sich in äußerst bedrückter Lage, und sie fordert nicht nur Verhandlungszölle, sondern echte Schutz-zölle, sie fordert solche selbst in Fertigfabrikationszweigen vor allem mit dem Hinweis darauf, daß sie mit unserem Steuerwesen in furchtbarer Weise überlastet sei. Demgegenüber müßte eine Vertreterenschaft der Landwirtschaft betonen: Was Ihr wollt, ist eine Umwälzung der Inlandssteuern auf die Konsumenten, zu denen vor allem die Landwirtschaft selbst gehört. Diese ist ebenfalls von Steuern überlastet, ja sie ist darüber hinaus in Notlage durch die Disparität der Preise von Agrar- und Industriefabrikaten. Was Ihr wollt, ist also weit von der Hand zu weisen. Dann kommen andere Industrien hinzu. Ich würde darauf antworten: Im ganzen betrachtet, ist die technische Entwicklung unserer Industrie so glänzend, daß man es ihr zumuten kann, unter den — abgesehen von den Steuern — gleichen Bedingungen zu wirtschaften wie England. Notwendig ist die Abschaffung des Eingangszolles für Rohstoffe, insbesondere für Eisen. Es gibt keinen anderen Ausweg aus der Industriekrise als äußerste Rationalisierung. Die Industrie muß den freien Wind der freien Konkurrenz auskosten können. Es sind viele Verbesserungen zu treffen, namentlich auf dem Gebiete der Organisation der Industrie. Ich selbst würde die Industrie den Freihandel plädieren. Ob er durchzusetzen ist, das ist eine andere Frage. Es hat den Anschein, als wäre der Endeffekt der Verhandlungen, die jetzt geführt werden, ein erhöhter Industrierschutz. In diesem Falle müßten wir erhöhte Agrarzölle fordern, aber nur in dem Bewußtsein, daß wir der Landwirtschaft über ihre Not nicht hinweghelfen. Es ist ein bitter Ausgleich. Wir kommt es immer vor wie das Bild von zwei Ertrinkenden, die sich aneinanderklammern, um sich zu retten. Ist das keine Lösung, so folgt darauf, daß wir andere Mittel anstreben müssen, vor allem die Steuerreform. Es scheint mir, daß von Beckmann der Nachweis geführt ist, daß die Umwälzung auf die Landwirtschaft abgewälzt wird. Das ist auch eine Ursache dafür, daß die deutschen Preise oft unter den Getreidepreisen der Auslandsmärkte stehen. Wir brauchen die Abschaffung der Umsatzsteuer. Das wäre eine weitere Verringerung der Preispanne, unter der wir zu leiden haben. Aber gelöst wäre die Aufgabe auch dann noch nicht. Die auf dem Weltmarkt wirkenden Ursachen würden fortdauern. Darum müssen wir, die wir die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft zu steigern berufen sind, noch andere Mittel fordern. Ich bin auf Grund von Berichten berufener Sachverständiger der Ueberzeugung, daß unsere Stütz-stoffpreise viel zu hoch sind. Die Sache liegt so: Seit dem Jahre 1919 haben wir das Stickstoffmonoxid. Das Deutsche Reich besitzt das Werk Bitterfeld. Es arbeitet sehr teuer. Erheblich billiger arbeitet Bayern. Es wird mir von einem genauen Kenner mitgeteilt, daß bei einer Ermäßigung von 25 Prozent das Werk Troosberg gut bestehen würde. Sicher ist, daß die Werke des Badischen Anilin- und Soda-Fabrik, Oppau und Bonna, wesentlich billiger arbeiten. Es ist aber möglich, die Stickstoffpreise um mindestens ein Viertel zu vermindern. Wenn wir nun darauf drängen, daß die Billig arbeitenden Werke für die Preise maßgebend sind, so muß das durchgesetzt werden. Dann außerdem das Reich zur Verbilligung des Stickstoffs Zuschüsse leistet, so ist das eine äußerst produktive Aufgabe. Wenn wir diese Maßnahmen ergreifen, so können wir hoffen, die Landwirtschaft in eine wesentlich verbesserte Lage zu versetzen. Sie, meine Herren, stellen nicht der Meinung sein, daß der, der einen etwas anderen Standpunkt vertritt, als Sie bisher richtig gehalten haben, unter allen Umständen unrecht haben muß. Es sind ernste Tatsachen, denen Sie ruhig und mäßig ins Auge schauen sollten, wenn wir unserem Volke und unserem Berufsstand ehrlich dienen wollen. Es ergibt sich mindestens die Einsicht, daß die Landwirtschaft die Industriezölle möglichst vermeiden sollte. (Spärlischer, teilweise ironischer Beifall!)

Wirtschaft

Die Vergeudung im Kapitalismus.

Aus Berichten des englischen Gewerkschaftskongresses, des Exekutivkomitees der englischen Arbeiterpartei und der Parlamentariergruppe der Arbeiterpartei wurde ein vereinigter Nationalrat gegründet. Dieser Nationalrat hat mit der gründlichen Untersuchung der Fragen der Produktion ein Sachverständigenkomitee betraut. Das Komitee, unter dessen Mitgliedern sich Leute wie der Gelehrte Sidney Webb (Handelsminister der Arbeiterregierung), E. Graham, J. A. Hobson, A. Greenwood befinden, hat den ersten Teil seiner Arbeiten unter dem Titel: Die Vergeudung im Kapitalismus (The Waste of Capitalism) vor kurzem veröffentlicht. In diesem Teil werden folgende Probleme der kapitalistischen Produktion behandelt: die Rohstofffrage, die Einschränkung der Produktion zur Aufrechterhaltung der Preise und der Profite, die unzureichende, mangelhafte und veraltete Ausrüstung der Betriebe, Streiks, Ausperrungen und Arbeitslosigkeit, Wirkungen der langen und unrichtig verteilten Arbeitsstunden, Wirkungen der ungesunden, unfriedigenden Arbeitsverhältnisse, Unsicherheit der Arbeiter und Widerstand gegen Einführung neuer Maschinen, Mangel an Verantwortung als Grund für geringere Produktion, Wirkungen der Konjunkturschwankungen. Wie aus dieser Inhaltsangabe hervorgeht, wurden sämtliche Fragen untersucht, die man als Ursachen für die Produktionsstörung anzusehen pflegt. Die Untersuchung ist streng wissenschaftlich durchgeführt und bemüht zumeist amtliche Quellen. Im zweiten, demnächst erscheinenden Teil wird das Komitee sein konstruktives Programm veröffentlicht, beziehungsweise seine Vorschläge unterbreiten.

Profitwirtschaft statt Produktionswirtschaft.

Dieser Untersuchung der Arbeiterpartei ist auch außerhalb Englands größte Bedeutung beizumessen. Zum ersten ist zu hoffen, daß auch die Arbeiterschaft der übrigen Länder dadurch angespornt wird, nach dem englischen Muster ähnliche Untersuchungen durchzuführen. (Eine baldige Uebersetzung der englischen Arbeit wäre sehr erwünscht.) Des weiteren sind die im Bericht behandelten Verhältnisse der englischen Industrie in den Industrieländern des europäischen Festlandes sehr ähnlich, ja es herrscht in den meisten Fällen eine große Uebereinstimmung. Ähnliche, streng objektiv durchgeführte Untersuchungen bilden eine starke Waffe im sozialen Kampf. Durch die Ergebnisse der Untersuchung werden die meisten Behauptungen der Unternehmerklasse und ihrer Schriftsteller, die sich auf die Ursachen der Verminderung der Produktion beziehen, erschüttert, andere in der Regel tolgewöhnliche Punkte in den Vordergrund gestellt. Das Wort A. A. Purcells, des Vorsitzenden des englischen Gewerkschaftskongresses, sagt die Ergebnisse der Untersuchung zusammen. Deshalb geben wir es im folgenden wieder: Das vorliegende Tatsachenmaterial beweist, daß die Verantwortung für das Nichterreichen des Höchstwertes der Unternehmung trifft. Diese verleiht die Schuld dafür den Arbeitern zuzuschreiben. Die beständige Wiederholung der Behauptung, daß Arbeitslosigkeit 'Ca' canny (abschließliche Verlangsamung des Arbeitstempes) und beschränkende Bestimmungen der Gewerkschaften die Erzeugung vermindern, haben den Eindruck erweckt, daß die Störung tatsächlich von den Arbeitern ausgeht. Das Ergebnis der vorliegenden Untersuchungen befaßt die Gegenseite. In der denkbar klarsten und eindeutigsten Art beweist es, daß die normale Auswirkung des kapitalistischen Systems die Produktion nur auf dem Stand erhält, auf welchem die höchsten Profite für die Unternehmer zu erzielen sind und daß dieser Grad der Produktion nicht die Höchstleistung ist, die bei einem auf Produktion und nicht auf Profit eingestellten System zu erreichen wäre, ebensowenig die ideale Höchstleistung, bei welcher der von jedem Produzenten erzielte Preis genau das durch die wirtschaftlichen Methoden erzielte Minimum der Herstellungskosten und die ausreichende und aufsteigende Lebenshaltung der Produzenten deckt.

Dieser Bericht ist tatsächlich eine Anklage gegen das kapitalistische System. Einschränkung der Produktion, um Profite zu erzielen, Preiskontrolle, Ausübung der monopolistischen Kontrolle bis zu dem Punkt, daß durch Uebereinkommen Firmen dafür bezahlt werden, daß sie nicht erziehen und neue Firmen an der Gründung von Unternehmungen verhindert werden — das alles wird erwiesen als natürliche und logische Auswirkungen des Systems, als Ausfluß der ihm anhaftenden, nur für die Bereicherung weniger und nicht für das Allgemeinwohl arbeitenden Kräfte. Nicht nur diese positiven Ausfälle an der Erzeugung, auch das Unterlassen der Einführung gut erprobter Verbesserungen von Arbeitsmethoden, technischer Organisation und wissenschaftlichem Betriebsplan, die Beibehaltung gesundheitsgefährlicher Arbeitsbedingungen und langer Arbeitszeit ohne genügende Vorsorge für ausreichende Ruhepausen müssen den Unternehmern zur Last gelegt werden.

Der Ertragsausfall aus Ursachen, für die die Arbeiter wenigstens zum Teil verantwortlich gemacht werden können, ist bedeutend geringer, als allgemein angenommen wird. Die Zahl der durch Arbeitslosigkeit verlorenen Arbeitstage beträgt sich, wie aus diesem Bericht hervorgeht, auf drei Tage pro Kopf. Die Arbeitslosigkeit verschuldete im Jahre 1922 den Verlust von 41 Arbeitstagen pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung, gegenüber 1,65 Tagen infolge von Arbeitslosigkeit. Während einer Reihe von Jahren betrug der durchschnittliche Arbeitsverlust 2,11 Tage infolge Arbeitslosigkeit, 18,66 Tage infolge Arbeitslosigkeit.

Die Verantwortung für den Ertragsausfall infolge von Arbeitslosigkeit trifft keinesfalls die Arbeiter. Arbeitslosigkeit ist eines der Nebenprodukte des Kapitalismus und gehört zu der Kategorie von Einflüssen, die dem bestehenden System anhaften und ein Ertragsmaximum verhindern. In einem gewissen Sinne spiegelt sich die Unfähigkeit derjenigen wider, denen zurzeit die Kontrolle über die Industrie obliegt, die Aufgabe, die Produktion zu einem dauernd regelmäßigen Prozeß zu gestalten. Wie der Bericht zeigt und wie ich gern gebe, entscheiden sich einige der Ursachen unregelmäßiger Produktion der Kontrolle der Unternehmer als Klasse:

Die Mangelhaftigkeit der Spekulation und Spieler, die ihren Vorteil aus der Unsicherheit der Rohstoffversorgung ziehen, müssen in Rechnung gestellt werden. Aber selbst wenn dieses Zugeständnis gemacht wird, bleibt die Tatsache bestehen, daß die Unternehmer, die den Arbeitern die Schuld am Ertragsausfall zuschieben, ihrerseits zu schlecht ausgerüstet, unfähig sind, um durch richtige Organisation ihres Geschäftes ihre Betriebe ohne zu häufige Unterbrechungen wegen Abmangel im Gang zu erhalten. Unwissenheit ist hier der Feind, und der Bericht betont ausdrücklich die Wichtigkeit einer systematischen Erforschung der gegebenen natürlichen Hilfsquellen und die Notwendigkeit, Schritte zu tun zur Sicherung ausreichender Materialversorgung für unsere Industrie.

Hohe Löhne — hohe Betriebsleistung.

Ein weiterer höchst wichtiger Punkt, der in diesen Ausführungen behandelt wird, ist der erbrachte Beweis für den unwirtschaftlichen Charakter der langen Arbeitszeit und der Ueberstunden, deren Wirkung, die Uebermüdung, nicht nur die Arbeitsleistung herabsetzt, sondern auch den Arbeiter widerstandsunfähiger gegen industrielle Schädigungen und Unfälle aller Art macht. Die Unternehmer sind im allgemeinen nicht überzeugt von der „Ersparnis durch hohe Löhne“ und manche unter ihnen sind völlig außerstande einzusehen, daß niedrigere Herstellungskosten vereinbar sind mit höheren Löhnen, kürzerer Arbeitszeit und besseren Arbeitsbedingungen. Es ist hohe Zeit zu einem energischen Versuch, die Unternehmerrasse zum Bewußtsein zu erziehen, daß eine Verminderung und bessere Verteilung der Arbeitsstunden zu erhöhtem Ertrag führen, und daß bessere Beleuchtung, Lüftung und Wärmeregulierung, verbesserte Maschinen und eine wissenschaftliche Betriebsorganisation Faktoren von unermeßlicher Wichtigkeit für die Erzielung des Höchstwertes sind.

Die Festsetzung der Textilzölle.

Die Zollvorlage der Regierung, deren Vorbereitungen bereits bis zur Erörterung der einzelnen Positionen für eingeführte Textilien gediehen sind, hat eine aufgeregte Polemik im Lager der Unternehmer verursacht. Der Streit wird für oder gegen den Textilzoll geführt. Die „Textil-Woche“, das Organ des Reichsbundes des Textil-Einzelhandels, das von Inflationseingewinnern spricht, die hinter genügend hohen Zollmauern ihr Fettsüßchen meiter kochen wollen“, schreibt zur Zollvorlage u. a.: „Der Desinteresse ist die Tatsache nicht verdorren geworden, daß es sich bei den neuen Zolltarifpositionen, so wie sie in dem — ur Diskussion stehenden Referentenentwurf enthalten sind, um ein hochschulzollprojekt schlimmster Sorte handelt.“ Die Tuchindustriellen dagegen lehnen den Standpunkt der Einzelhändler ab, da sie selbstverständlich für hohe Zölle auf fertige Stoffe sind. So stehen sich, an zwei Beispielen gezeigt, die Meinungen gegenüber. Natürlich fehlt es nicht an Versuchen, die Differenzen auszugleichen. Dahin gehört der Schrei nach Abbau der gegenwärtigen direkten Steuern, so u. a. der Einkommen-, Vermögens-, Gewerbesteuer, Grundsteuer usw. Auf dieser Linie glaubt man den Zwiespalt zu überwinden, da die Unternehmer in der Steuerfrage eine einheitliche Auffassung vertreten. Es geht also darauf hinaus, die widerstrebenden Elemente gegen die Zolltarifvorlage mit Steuerkonzeptionen zu beschwichtigen. Zweifellos wollen die Unternehmer mit der Einführung der Schutzzölle, die wie reine Verbrauchssteuern wirken, die direkte Steuerbelastung abkürzen. Dabei würde der Weg frei für eine allgemeine Abwälzung aller Reichlasten auf die Schultern der breiten Volksmassen.

Zollmauern sind aber für die deutsche Textilindustrie Kirchsmauern. Sie kann kein Interesse an hohen Schutzzöllen haben, weil durch die Schutzzölle die Rohstoffe und Halbfertigfabrikate um den Betrag des Schutzzolles versteuert werden, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit zweifellos beeinträchtigt wird. Dazu kommt, daß die mit Deutschland im Konkurrenzkampf stehenden Länder ihrerseits Einfuhrzölle auf deutsche Fertigfabrikate erheben. Aber auch auf dem Innenmarkt müssen die Schutzzölle zur Verteuerung der Warenpreise und zur Verminderung der Produktion beitragen.

Wie schwierig das ganze Problem überhaupt ist, ersieht man daraus, daß die Baumwollindustriellen z. B. höheren Zollschutz für

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	18,50—24,50	Kakao, Fettarm	75,00—96,00
Gerstengraupen, lose	17,50—18,00	Kakao, leicht entölt	100,00—120,00
Haferflocken, lose	21,00—22,50	Tee, Souchon, gepackt	320,00—400,00
Hafergrütze, lose	20,50—22,50	Tee, indischer, gepackt	400,00—470,00
Roggenmehl 0/1	18,75—20,00	Inlandszucker basis mel.	33,00—35,00
Weizenmehl	21,00—23,00	Inlandszucker Raffinade	—
Maisgrütze	24,75—26,00	Zucker Würfel	42,00—45,00
70% Weizenmehl	18,50—20,00	Kunsthonig	39,00—42,00
Weizen-Auszugmehl	21,00—27,00	Zuckersirup hell in Elm.	40,00—45,00
Speiseerbsen, Viktoria	18,00—24,50	Speisesirup dunk. in Elm.	27,00—31,00
Speiseerbsen, kleine	16,00—18,50	Marmelade Einfr. Erd.	90,00—95,00
Bohnen, weiße, I.ert	22,00—24,75	Marmelade Vierfrucht	40,00—
Langbohnen, handverles.	28,00—32,00	Pflanzennus in Eimern	43,00—45,00
Linsen, kleine	18,50—29,50	Steinsalz, in Säcken	3,10—3,60
Linsen, mittel	31,50—37,50		3,70—4,20
Linsen, große	37,50—41,00		4,40—5,00
Kartoffelmehl	17,75—19,50	Siedesalz in Säcken	5,20—5,50
Makkaroni	43,00—46,00	Bratenschmalz in Tierces	99,50—102,00
Makkaronimehl	38,00—39,00	Bratenschmalz in Kùbeln	101,00—102,50
Schnittnudeln, lose	25,00—28,00	Purelard in Tierces	—
Bruchreis	17,50—18,00	Purelard in Kisten	96,00—98,50
Rangoon Reis	19,00—20,00	Speisetaig in Packung	65,00—66,00
Tafelreis, glasiert, Patna	24,25—32,00	Speisetaig in Kùbeln	—
Tafelreis, Java	32,75—39,00	Margarine, Handelsm. I	66,00—
Ringelreis, amerik.	85,00—90,00	desgl. II	60,00—63,00
Gen. Pflanzen 90/100	40,00—43,50	Margarine, Spezialm. I	80,00—84,00
Pflanzennus, entsteint	54,00—61,50	desgl. II	69,00—71,00
Cal. Pflanzen 40/50	60,00—65,00	Molkereibutter Ia i. Fass	222,00—226,00
Rosinen in Kisten, Candia	60,00—70,00	Molkereibutter I, i. Pack.	230,00—233,00
Sultaninen Caraburu	75,00—90,00	Molkereibutter Ia i. Fass	190,00—200,00
Korinthen, choice	70,00—75,00	Molkereibutter I, i. Pack.	190,00—210,00
Mandeln, süße Bari	175,00—185,00	Auslandbutter in Fässern	236,00—241,0
Mandeln, bittere Bari	175,00—185,00	Corand beef 12/6 lbs p. K.	40,00—42,00
Zimt (Cassia)	196,00—115,00	Ausl. Speck, geruchert	108,00—120,00
Kämmel, holländischer	58,00—65,00	Quadratkäse	50,00—65,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	108,00—115,00	Filister Käse, vollfett	120,00—135,00
Weißer Pfeffer	150,00—155,00	Bayr. Emmenthaler	160,00—170,00
Rohkaffee Brasil	195,00—222,00	Echter Emmenthaler	175,00—185,00
Rohkaffee Zentralamerika	240,00—300,00	Ausl. ungesuck. Condens-	—
Rohkaffee Brasil	240,00—290,00	milch 48/16	21,00—23,50
Rohkaffee Zentralam.	310,00—375,00	Inländische desgl. 48/12	16,50—19,25
Röstgetreide, lose	20,00—21,00	Inl. gez. Condensm. 48/14	25,00—26,00

Garne, namentlich für Feingarne und Gewebe verlangen. Die Fertigwarenindustrie aber muß die Feingarne haben, während die deutschen Spinnereien nicht in der Lage sind, diese Garne herzustellen. Sie müssen deshalb vom Auslande bezogen werden. Aus diesem Grunde wenden sich die Unternehmer, die die Feingarne weiter verarbeiten, gegen die Einfuhrzölle auf Spigen. Die Konfektion bedarf natürlich auch der ausländischen Erzeugnisse, um schließlich zur Steigerung des Exports den Geschmacksrichtungen der Mode Rechnung tragen zu können. Die Kunstfasererzeuger fordern 25 Proz. des Wertes als Zoll bei Einfuhr von Kunstfäden, obwohl sie in der Qualität und auch mengenmäßig den Anforderungen der Industrie nicht gerecht werden können. Die Fertigwarenindustrie aber bedarf der ausländischen Kunstfäden, weil diese wiederum andere Vorzüge als die deutschen Erzeugnisse besitzen. Würde die Strumpfwirker-, die Phantasiemirker-, die Bandweberei, die Krawattenindustrie usw. nur Waren aus deutscher Kunstfäden fabrizieren, so würde das den Verzicht auf einen großen Teil des bisherigen Exports bedeuten.

Die Textilindustrie ist ausgesprochene Modeindustrie. Schon daraus geht hervor, daß die Einfuhr von Halbfertig- und Fertigfabrikaten nicht erschwert werden darf, weil hierdurch die Industrie in ihrer Gesamtheit stark gefährdet wird. Auch die Einfuhr von Stoffen und anderen Fertigerzeugnissen kann man nicht als ein Unglück für die Textilindustrie bezeichnen, weil sie notwendig ist. Gerade durch die Einfuhrverbot auf Fertigwaren sind die Monopolbestrebungen der deutschen Textilindustrie und die hohen Textilpreise in der härtesten Weise gestützt worden. Bei der Festsetzung der Textilpositionen tut man also gut, sich vom Gesamtinteresse der Wirtschaft und nicht vom Einzelinteresse des Privatunternehmers leiten zu lassen.

Ueberschuß in der Reichshauptkasse. Nach der Uebersicht über die Geldebewegung bei der Reichshauptkasse vom 11. bis 20. Oktober betrug die Summe der Einzahlungen 233,8 Millionen Mark, die der Auszahlungen 179,7 Millionen Mark, was einen Ueberschuß von 53,9 Millionen Mark ergibt. Im Stand der Rentenmarktschuld aus der Begebung von Rentenmarktschatzwechseln ist für den gleichen Zeitraum eine Abnahme von 45 000 M. zu verzeichnen.

Erfolgreiche der staatlichen Elektrizitätswirtschaft in Kanada. Auf der Konferenz der Liga für Gemeinwirtschaft (Public Ownership League) wurde vor kurzem festgestellt, daß die riesigen Elektrizitätswerke in Ontario (Kanada) in kurzer Zeit bereits mehr als 100 Millionen Dollar für die Verbraucher erspart haben. In Ontario sind durch Enteignung beziehungsweise Aufkauf der privaten Elektrizitätsgesellschaften und lehr umfangreiche Neubauten ungeheure Kraftzentralen, die den Strom der Niagarafälle ausnützen, entstanden. Die staatliche Kommission begann seinerzeit mit der Errichtung einer kleinen Zentrale von 1000 Pferdekraften für die Versorgung von 13 Gemeinden. Heute werden 360 Städte mit Strom versorgt und der verteilte Strom ist nicht geringer als 700 000 Pferdekraften. Wenn die neuen Zentren fertig sind, wird die Gesamtleistungsfähigkeit 18 Millionen Pferdekraften betragen. Der Wert der gemeinwirtschaftlichen Anlagen beträgt die riesige Summe von einer Viertelmilliarde Dollar. Der früher von Privatgesellschaften gelieferte Strom kostete 7 bis 25 Cents pro Kilowattstunde, die gemeinwirtschaftliche Anstalt liefert ihn für 1,1 bis 2,6 Cents. Die Steuerzahler brauchen nicht herangezogen zu werden, weil das Unternehmen seine Kosten reichlich decken kann. Die Segnungen der Elektrizität werden nicht nur in den Haushalten, sondern auch in der Landwirtschaft, wo sie in der verschiedensten Form ausgiebig verwendet wird, verspürt. Die gemeinwirtschaftliche Kraftzentrale in Winnipeg hat die gleichen Erfolge zu verzeichnen. Früher rechneten die privaten Gesellschaften 20 Cents pro Kilowattstunde Stromverbrauch für den Hausbedarf. Als die Errichtung einer gemeinwirtschaftlichen Kraftzentrale angekündigt wurde, haben die Privatgesellschaften den Preis sofort auf die Hälfte herabgesetzt. Die Kraftzentrale wurde 1911 dennoch erbaut und lieferte sofort den Strom zu 3 1/2 Cents pro Kilowattstunde, 1922 kostete der Strom bereits nur noch 2 Cents. Trotzdem konnte die gemeinwirtschaftliche Zentrale sich Reserven im Betrage von 18 Millionen Dollar sammeln und verfügt über eine Anlage im Werte von 13 Millionen Dollar. Die „Hydro News“, das Organ der gemeinwirtschaftlichen Kraftzentrale, stellt fest, daß die Einwohner von Winnipeg durch sie 16 Millionen Dollar erspart haben.

Die Genossenschaftsbewegung im Britischen Reich. Eine Sonderausgabe des „Manchester Guardian Commercial“ zur Weltausstellung in Wembley (Empire Number) behandelt ausführlich die Entwicklung der Genossenschaften in den englischen Dominions. Aus den Darstellungen geht hervor, daß ihr sehr überall Kapitalmangel, öfters auch nationale Verschiedenheit der Einwanderer hindernd im Wege stehen. Dennoch ist der Fortschritt der letzten Jahre, der überall mit Hilfe der Staaten erreicht wurde, sehr groß. Die vorherrschende Art ist in Irland, Kanada und Australien die landwirtschaftliche Genossenschaft für die Verwertung der Produkte. In Irland werden in erster Linie die Molkereien genossenschaftlich betrieben; mehr als 50 Prozent der Milchprodukte werden durch diese auf den Markt gebracht. In Kanada sind Genossenschaften erst in den letzten Jahren entstanden. Sie sind aber zum größten Teil Kiesenorganisationen zur gemeinsamen Verwertung von Getreide, Obst usw. und erreichen einen Umsatz von vielen Millionen Dollar. In Australien und Neuseeland beschäftigen sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften auch mit dem gemeinsamen Einkauf von Maschinen und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln. In Neuseeland wurde 1913 eine Großeinkaufsgenossenschaft gegründet mit 23 angeschlossenen Gesellschaften. In Südafrika steht die Genossenschaftsbewegung noch in den Anfängen; es sind hauptsächlich Konsumgenossenschaften vorhanden, die vom Staat Kredite erhalten. In Natal haben die Gewerkschaften eine Konsumgenossenschaft unter ihrer Kontrolle. Eine Großeinkaufsgenossenschaft ist aber in Südafrika noch nicht entstanden. In Indien sind nur Kreditgenossenschaften, deren Zahl aber in ständigem Steigen begriffen ist, vorhanden. Die Ende 1922 feststehenden 52 182 Kreditgenossenschaften haben eine geringe Anzahl von Einkaufsgenossenschaften errichtet. Es soll noch erwähnt werden, daß die englische und die schottische Großeinkaufsgenossenschaft in Indien, Ceylon und Westafrika große Unternehmungen für Tee-, Kaffee- und Kakaoproduktion unterhalten. Sie haben mehr als 2 Millionen Pfund in diesen Unternehmungen angelegt.

Reichsindex vom 22. Oktober: unverändert 1,23.



Die mild-aromatische

WALASCO

Waldorf-Cigarette



